

Bezugspreis:

Wochenblatt, 30 Pf., monatlich 1,00 Pf., ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Normaleinstellung ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 26. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Oberschlesiens Verzweiflung.

Deutschlands zweiter Protest.

Der Vorsitzende der Deutschen Friedensdelegation in Paris hat dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Anschlag an die Note vom 21. August folgende weitere Note überreicht:

Die Lage im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet hat sich seit dem 21. August in verheerlicher Weise verschlimmert. ...

alliierte Truppen mit den Insurgenten verbrüdet haben. Die Sicherheitspolizei, die im Dienste der Interalliierten Kommission Blut und Leben gegen besser bewaffnete Aufständische einsetzen mußte, ist trotz ihrer Differenz stellenweise ohne Unterstützung gelassen worden.

Die Interalliierte Kommission hatte bei Übernahme der Verwaltung in Oberschlesien bekanntgegeben, daß sie alle Anwesenden, wer sie auch sein mögen, rücksichtslos und ohne Gnade verfolgen werde. ...

Der Zustand, in dem sich heute das Land befindet, steht im Widerspruch mit dem Vertrag von Versailles, nach dessen Bestimmungen die Interalliierte Kommission die Pflicht hat, das Land zu schützen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bewohner vor Schaden an Leben und Eigentum zu bewahren.

Wiederholt hat die Deutsche Regierung die Aufmerksamkeit der Interalliierten Kommission und der Verbündeten Großmächte auf die

Waffenung der polnischen Vereine

geleitet. Sie hat durch authentische Dokumente den Nachweis erbracht, daß von polnischer Seite, offenbar um die Zustimmung zu verwickeln, eine gewaltsame Erhebung vorbereitet wurde. ...

Die Erregung der Bevölkerung, die sich dem Terror einer bewaffneten Minorität preisgegeben sieht, wächst und kann zu Folgen von unbeschreiblicher Tragweite führen. Die Möglichkeiten zur Einwirkung sind für die Deutsche Regierung gering, da ihr der unmittelbare Verkehr mit dem Abstimmungsgebiet versagt ist. ...

Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit wiederhergestellt wird.

Zu diesem Zweck ist erforderlich, daß die einheimischen Insurgenten vollständig entwaffnet und die über die Grenze eingebrachten Anwesenheiten des Landes verwiesen werden, die Sicherheitspolizei wieder in ihre Rechte eingesetzt und die Verwaltung der insurgierten Kreise und Orte den gesetzgebenden Behörden zurückgegeben wird. ...

Die Alliierten Mächte werden dem deutschen Volk nicht zu antworten wollen, schweigend mitanzusehen, wie Deutsche in Oberschlesien verzwweifelt werden. Das Recht und die Pflicht der Deutschen Regierung ist es, sich zum Sprecher des verletzten Volksempfindens zu machen und darauf zu bestehen, daß das eng mit dem übrigen Reich verknüpfte Land im Einklang mit den bestehenden Verträgen behandelt und verwaltet wird.

Die Sozialdemokratie für Oberschlesien.

Der sozialdemokratische Parteiausschuh, der gestern mit dem Parteivorstand gemeinsam tagte, nahm in lebhafter Aussprache zu der politischen Lage Stellung, insbesondere zu den Vorgängen in Oberschlesien.

Das einleitende Referat über die politische Gesamtlage hielt der Parteivorstand Wels. Er besprach eingehend die kritische Situation der auswärtigen Politik und kennzeichnete den chauvinistischen Krieg Polens gegen Rußland, warnte aber zugleich davor, den Erklärungen der Staatsmänner Sowjetrußlands unbedingt Glauben zu schenken. ...

In den Bericht knüpfte sich eine ausgiebige Debatte. Allgemein wurde Erstaunen darüber ausgedrückt, daß in einer so konfliktswangeren Zeit weder die Regierung vollständig in Berlin verankert ist, noch der Reichstag, noch

auch der Ausschuh für auswärtige Angelegenheiten es für notwendig finden, durch schleunigsten Zusammentritt dem deutschen Volk Klarheit über seine auswärtige Politik zu geben. Die Meinung des Parteiausschusses fand ihren Niederschlag in folgender Entschließung, die einstimmig angenommen wurde:

Der Parteiausschuh der Sozialdemokratischen Partei gibt seinem höchsten Erstaunen Ausdruck, daß in einer Zeit schwerster Bedrohung unserer Grenzen durch die Kämpfe im Korridor, daß in einer Zeit größter Reibungen in der Entente, wachsender Unruhen in der ganzen Welt, Schwierigkeiten, die durch die Politik der deutschen Gegenrevolutionäre hervorgerufen worden, die deutsche auswärtige Politik jeder Leitung entbehrt.

Deßhalb verurteilt der Parteiausschuh die Nichtberufung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, dessen Zusammentritt von der Sozialdemokratischen Partei gefordert wurde.

Der Parteiausschuh versichert die Fraktion seines Vertrauens, er hofft, daß die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses und des Reichstages in energischer Weise gefordert und Aufklärung über die deutsche auswärtige Politik erzwungen wird.

Die Vorkommnisse in Rattowitz und der bandenmäßige Ueberfall der Polen auf ober-schlesisches Gebiet fanden eine eingehende Besprechung und eine neue Beleuchtung durch persönliche Mitteilungen eines ober-schlesischen Genossen über das Verhalten der französischen Truppen gegenüber den aufständischen Polen. Der Parteiausschuh gab seiner einmütigen Entrüstung über die Vorkommnisse in der folgenden Resolution Ausdruck:

Der Parteiausschuh nimmt Kenntnis von den imperialistisch-nationalistischen Wadenschaften der Polen in Oberschlesien und der parteilichen Haltung der Interalliierten Kommission.

Die gefährliche Lage der ober-schlesischen deutschen Bevölkerung, die Möglichkeit, daß eine politische Ausbeutung der Deutschen bei der Volksabstimmung den Verlust Oberschlesiens bringen könnte, macht es den Genossen und der übrigen Bevölkerung Deutschlands zur Pflicht, sich mit den Oberschlesiern in dem Verlangen zu vereinen, daß die Alliierte Kommission volle Neutralität über die Entwaffnung der polnischen Banden mit Ernst und Energie durchführe.

Der Parteiausschuh erwartet den schärfsten Protest der ausländischen Bruderparteien gegen die Verbrechen und Usurpationen der Polen.

Der Ausschuh beriet des Weiteren über die Vorbereitungen zum Parteitag in Kassel und über organisatorische Fragen. Wir geben einen kurzen Bericht über diesen Teil der Verhandlungen an anderer Stelle des Blattes.

Oberschlesiens Abstimmungspolizei.

Oppers, 25. August. (Dena.) Wie erst jetzt bekannt wird, hat schon vor einigen Tagen General Le Rond eine Note nach Warschau gerichtet, in der er darauf hinwies, daß reguläres polnisches Militär die Grenze Oberschlesiens überschritten habe, was zu Komplikationen führen könne. ...

General Le Rond hat den Vertretern der deutschen Parteien und Gewerkschaften Zusagen für die Erfüllung ihrer Forderungen gemacht, um den Generalstreik zu vermeiden. In Stelle der Sicherheitspolizei soll sofort eine eine Abstimmungspolizei ausgedenken und unbescholtenen, am leichten Zustand nicht beteiligten Oberschleslern gebildet werden. ...

General Le Rond hat den Vertretern der deutschen Parteien und Gewerkschaften Zusagen für die Erfüllung ihrer Forderungen gemacht, um den Generalstreik zu vermeiden. In Stelle der Sicherheitspolizei soll sofort eine eine Abstimmungspolizei ausgedenken und unbescholtenen, am leichten Zustand nicht beteiligten Oberschleslern gebildet werden. ...

Der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien und der Oberpräsident der Provinz Schlesien sind ermächtigt worden, alle erforderlichen Mittel zur Fürsorge für Flüchtlinge aus den aufständischen Gebieten zur Verfügung zu stellen.

Geschichte einer Ausweisung.

Wie erinnerlich, war der französische sozialistische Abgeordnete Ernest Lafont mit Gattin auf Befehl Trojksys aus Sowjet-Rußland ausgewiesen worden, weil er angebliche, für Sowjet-Rußland wertvolle Äußerungen des Vizepräsidenten des polnischen Ministerrates Daszynski bei seiner Ankunft in Moskau verschwiegen hätte. ...

In einem direkten Telegramm an den „Vorwärts“, das wir in unserer Abend-Ausgabe vom 20. August veröffentlichten, hatte Genosse Daszynski die Behauptung, er habe derartige Äußerungen Lafont gegenüber getan, als „vollkommen erlogen“ bezeichnet.

Nun meldet sich der aus Rußland hinauskomplimentierte Lafont in der Pariser „Humanité“ vom 22. und 23. August zum Worte und schildert darin in zwei Fortsetzungen ausführlich die „Geschichte eines Ausgewiesenen“.

In seinen einleitenden Worten spricht Lafont selbst von dem „außerordentlichen Abenteuer“, das ihm und seiner Frau in Rußland widerfahren sei. Und in der Tat, man könnte manchmal bei der Lektüre dieses Selbsterlebnisses glauben, es handle sich um die Analyse eines spannenden politischen Films.

Zuerst drückt Lafont den Ausweisungserlaß Trojksys im Wortlaut ab. Darin wird Lafont vorgeworfen, er habe, nachdem er nach Sowjet-Rußland über Polen gekommen sei und in Warschau die französische Militärmission besucht habe, „dieses Zentrum aller feindlichen Unternehmungen der imperialistischen Gegenrevolution gegen die sozialistische Republik“, aus eigenem Antriebe der Sowjet-Regierung keinerlei Auskünfte gegeben und keinerlei sofortigen Schritt unternommen, der geeignet gewesen wäre, der Sowjet-Regierung die Kriegführung gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie zu erleichtern.“

Also nach Trojksys Auffassung ist es die heilige Pflicht eines jeden Sozialisten, der nach Moskau kommt, sofort nach dem Kreml zu laufen und darüber, was er im anderen Lager gesehen und gehört hat, den Volkskommissaren Bericht zu erstatten. Es gibt Leute, deren Sympathien im gegenwärtigen polnisch-russischen Kriege ganz auf russischer Seite liegen, und denen trotzdem eine solche Agententätigkeit zuwider wäre. ...

In der Auffassung Sabouls, „dessen Kompetenz und guter Glaube nicht in Zweifel gezogen werden können“, hätten diese Mitteilungen eine ganz prägnante Bedeutung gewonnen, nämlich, daß Daszynski den Waffenstillstand nur als eine militärische Erholungsphase betrachte. ...

Ganz abgesehen (!) von dem Sinne der Erklärungen Lafonts, sei es nun einmal Tatsache, daß Lafont mit Daszynski und mit Mitgliedern der französischen Militärmission in Warschau gesprochen habe und daß er sich bemüht drücke, indem er sich weigert, vor dem polnischen, dem russischen und dem französischen Proletariat ihre erbittertsten Feinde zu brandmarken.“

„Angesichts der Vorenthaltung des perfiden und verräterischen Planes der Feinde der Sowjet-Republik durch Lafont, bestche keine Gewähr dafür, daß die Anwesenheit Lafonts auf russischem Boden nicht eine Gefahr für die Sowjet-Republik werde, angesichts der freundschaftlichen Beziehungen, die er zu deren Feinden unterhält.“ Mit diesen Worten wird also Lafont verdächtigt, nachdem er sich geweigert hat, Agenten- und Spionagedienste für Sowjet-Rußland zu leisten, ein Agent und Spion zu sein!

Auf Grund dessen befiehlt Trojksys, daß Genosse Lafont und seine Gattin, die Genossin Lafont, „die an ihm durch politische Solidarität gebunden ist“, (sonst nicht?) aus dem Territorium der Sowjet-Republik ausgewiesen werden. Und nun schildert Lafont die tatsächlichen Vorgänge: Nach seiner Ankunft in Moskau besuchte er Gachin und Trojksys in deren Zimmer und teilte ihnen seine Warschauer Reiseindrücke und -erlebnisse mit. „Allgemein bekannte Tatsachen, persönliche Feststellungen, Gerüchte, einfache Vermutungen kamen in dieser Plauderei durcheinander zur Sprache.“

Einem Teil dieses Gesprächs wohnte Jacques Sabouil bei, „in welchem ich gedacht hatte, den alten Genossen wiederzufinden“. Sabouil ist jener ehemalige Generalstabshauptmann einer nach Rußland entsandten französischen Militär-

mission, der sich zum Volkswidmismus bekehrte und französischer Propagandist der Sowjetregierung geworden ist. Sadoul, der sich nach dieser Schilderung Lafonts — natürlich von unseren Kleinbürgerlichen Moralbegriffen aus betrachtet — als einen Lumpen herausstellt, bittet nicht etwa Lafont um einige aufklärende Einzelheiten, sondern er kauft schnurstracks zu Lenin, Trotsky und Katorowsky, erstattet einen schriftlichen Bericht über die angeblichen Enthüllungen Lafonts, der zugleich einer Denunziation seines eigenen Partei- und Landesgenossen gleichkommt. Der Bericht begann mit den Worten: „Der Sozialist Lafont, der im Jahre 1917 mit Cachin und Routet bereits nach Rußland gekommen war, um die russischen Arbeiter und Bauern zum Kriege aufzufächeln...“

Zwei Tage später kommt Katorowsky zu Lafont und fordert ihn im Namen Lenins und Trotskys auf, den Sadoulschen Bericht öffentlich zu bestätigen, also einschließlich der angeblichen Äußerungen Dajnyuski.

Lafont weigert sich und sagt die „Mißverständnisse“ Sadouls auseinander. Umsonst! Schon war ein Funkentelegramm „An alle“ mit den vermeintlichen Erklärungen des polnischen Vizepräsidenten in die Welt hinausgegangen, Lafont erjucht nun um eine sofortige Zusammenkunft mit Lenin und Trotsky, um den Hochschulfall endgültig aufzuklären. Aber man wollte nicht schreiben, daß er mit Lenin zusammenkam (offenbar ist Lenin der anständigste unter den Volkstommisaren, und man fürchtete, daß er diese lägerischen Wadenschästen hintertriebe), und man ließ ihn nur bei Trotsky vorsprechen unter dem Vorwand, daß Trotsky viel besser mit den französischen Angelegenheiten vertraut sei. Trotsky stellte nun endgültig vor die Wahl: entweder du bestätigst öffentlich die Sadoulsche Version, oder du wirst ausgewiesen!

Und da Lafont nicht lügen wollte, wurde er ausgewiesen. Gleichzeitig ging ein weiteres Funkentelegramm hinaus, in dem die Wahnahme begründet wurde und in dem Lafont als ein „elender Feigling“ bezeichnet war. Mit Recht fragt Lafont: „Was wäre ich denn für ein elender Feigling gewesen, wenn ich kapituliert hätte?“

Aus dieser Schilderung ergibt sich u. a., daß das Protesttelegramm, welches Genosse Dajnyuski am 18. d. M. aus Warschau dem „Vorwärts“ sandte, absolut gerechtfertigt ist. Das Dementi Dajnyuski wird durch den Bericht des Rächsbeteiligten, Lafonts, voll und ganz bestätigt.

Der ganze Vorgang aber wirft ein grelles Licht auf die Methoden der gegenwärtigen Nachhader Rußlands. Wir sagten jüngst, was wir von der pharisäischen Entrüstung Lloyd Georges über die Duplizität der Sowjetregierung hielten, aber wir fügten hinzu, daß wir keine Veranlassung haben, uns für die Aufrichtigkeit der Sowjetregierung besonders einzusetzen.

Die Geschichte der Ausweisung Lafonts bietet einen neuen Beweis dafür, daß die Bolschewiki eben eine andere Auffassung der Moral besitzen, als die übrigen Europäer.

Es sei hier nur noch auf folgende Einzelheit hingewiesen, aus der unsere Leser selbst ihre Schlüsse ziehen mögen, falls sie in dem nahten Latbestand keine ausreichende Erklärung für dieses ungeheuerliche Vorgehen der Sowjetregierung gegen Lafont erblicken können: Lafonts Frau, die mit ihm nach Rußland gekommen war und mit ihm ausgewiesen wurde, ist eine Russin. Sie kennt dies Land, die Menschen, die Sprache. Ihr hätte man nicht wie den anderen, den Cachin und Trotsky, den Katorowsky und Serrati, den Crispian und Dittmann ein K für ein U vormachen können. Wir wollen nicht behaupten, daß dieser Umstand die Anwesenheit des Ehepaares Lafont auf russischem Boden besonders unangenehm hat erscheinen lassen, aber — möglich ist alles! ...

## Die Freude am Garten.

Carl Förster, der hervorragende Staudenzüchter und Gartenarchitekt, gibt in der Augustnummer der Illustration wöchentlich wieder gleich hervorragenden „Gartenschönheiten“ eine seiner erlichen Gartenplaudereien, die jedem die Sehnsucht nach gleicher Lebensbereicherung eindreuen:

„Wie reizend, vor seinen Fenstern einen alten Apfelbaum zu haben; es steht in diesem Baum und in dieser Frucht etwas wunderbarer Kontemplatives und Erhöhenes. Der Anblick ist solch Gradmesser des reifenden, steigenden Jahres und schenkt uns wunderbares Weis- und Sommergefühl. Wenn die Früchte groß und farbig werden, wirkt der Bezug noch reicher; die Äste wiegen die edlen Kosten immer gewichtiger; etwas in der Seele scheint mitgewachsen in diesen heißen, ledenschwachen Sommerwochen. Es gibt so Gottesbaum, wie es auch Gottesdögel gibt, Ansehn, Schwollen, Lecken.“

Das Hinaustrreten aus dem Hause in den Garten hat ewig wieder jenen wunderbar entspannenden Reiz, der sich nie abbraucht und immer etwas von der Seligkeit behält, mit der es uns schon als Kind erfüllte; Gartenfreude noch geistiger Entspannung wirkt wie ein Ineinander des Bod.

In jedem Raum hat der Balsam der Luft und das Sonnenlicht eine besondere Eigenart. Jetzt liegt in Luft und Sonnenlicht ein großes, zeitloses, ebernes Reizen. Das Laub hat noch seine volle Festigkeit und der Abend versetzt den phoridanten Hochsommergarten schon in solch herbliches Dunkel und Sternenglühmerte, während seine Blütenstränge in der Wohnung schon lampenbelle Stunden schmücken. Nach Regen mischt sich nichts schon die Luft, eine Vorahnung jener fruchtbareren, geschäftigen Freude und Reife, die unsere Blumenempfindlichkeit am häufigsten reizt und monatelange Herzblutsumpfreude unwirkt. Die Erde schenkt schon am blauen Himmel über goldgelben Blütenmatten und noch ertönen letzte Ansehnklänge. Frühling und Herbst reichen sich wehmütig-festlich über den Sommer hinweg die Hand.

Die Zeit der Farben ist bald vorüber, und die Pflaumen-, Pfirsich- und Brombeerezeit beginnt.

Die Dolden blühen täglich reicher auf, jedes Jahr früher bekrönt in ihren immer frischeren, leuchtenderen Farben, ihr Platz ist den deren oder müden Tönen und allen möglichen anderen früheren Doldenblütern ganz entrückt.

Die leuchtende Schönheit der großen Gladiolengruppen wird alljährlich aufregender; ihre neuen Stängelungen erheben die Frucht dieser Stauden alljährlich über alle Garten- und Gewächshausblumen. Ich glaube, die schönste rote Gladiole und die prächtigste rote Blume der Erde ist Daffil.

Blor, frühe Goldbeuten und Rubbedien, bunte Ringelblum und Tigerlilien, hochduftende Lilienblüten der Vuhlegenfräucher, reiche, weiße Blütenmatten der Nachdolbigen und der spitzköpfigen Gartenhortensien, Malven, Rosen, Eisenhut und Drachenkopf und das wunderbarste Hauptstück der einjährigen Sommerblumen beherrschen die Stunde.“

„Nur diese Schönheit nur für die Menschen zu schaffen oder...“

Der praktische Gartenschwammer antwortet:

„Die große Gotteserde ist reich genug, um jedem ein Häuschen und genug Gartenland für ein herzhafte Gartenleben zu ermöge-

## Die Beratung des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuss beschäftigte sich gestern mit der Tagesordnung des Parteitag.

Weiß stellt mit, daß für die Tagung der größte Saal der Stadt, die „Stadthalle“, gemietet sei und forderte alle Organisationen zu starker Beschäftigung dieses ersten Friedensparteitages der Partei zur vollen Ausnutzung ihres Delegationsrechtes auf. Die Tagesordnung des Parteitages wurde einstimmig entsprechend den Vorschlägen des Parteivorstandes folgendermaßen in Aussicht genommen:

1. Bericht des Parteivorstandes:
  - a) Allgemeine politische Lage. Referent Weiss.
  - b) Organisation und Kasse. Referent Partels.
2. Bericht der Reichstagsfraktion. (Der Berichterstatter ist noch nicht bestimmt.)
3. Bericht der Kontrollkommission. Referent Grünh.
4. Bericht vom Internationalen Sozialistenkongress in Genf. Referent Meerfeld-Röhl.
5. Die Wohnungsfrage. Referenten voraussichtlich Paul Hirsch und Engler-Freiburg.
6. Die Revision des Parteiprogramms. Referent Dr. Adolf Braun.

Zur Revision des Parteiprogramms erscheint in den nächsten Tagen die von uns bereits angekündigte Sammlung von Gutachten im Vorwärts-Verlag, über die Dr. Braun zusammenfassend referieren wird. Voraussichtlich wird dann der Parteitag eine Programmkommission einsetzen und dem nächstjährigen Parteitag die endgültige Beschlüsse über das neue Parteiprogramm überlassen. Zugleich sollen die Vorarbeiten für das neue Agrarprogramm in Angriff genommen werden; es soll im September eine Sachverständigenkommission zusammenstellen, welche über das Ergebnis ihrer Arbeiten dem Parteitag berichten wird. Vom Ausgang ihrer Beratungen wird es abhängen, wie die Arbeit am Agrarprogramm fortgeführt werden soll. Dem Parteitag wird schließlich, wie schon früher üblich, eine Frauenkonferenz vorhergehen, die sich einerseits mit der allgemeinen Frage der sozialdemokratischen Organisation der Frauen, andererseits mit der Bekämpfung der sozialdemokratischen organisierten Frauen in der Wohlfahrtspflege beschäftigen wird.

Bei dem Finanz- und Kassenbericht werden auch Änderungen des Parteistatuts zur Sprache kommen. So wird insbesondere dem Parteitag ein Antrag auf wesentliche Erhöhung des Mindestbeitrages unterbreitet werden.

In der ausgedehnten Ansprache über die Verhandlungen des Parteitages wurden noch eine große Reihe anderer Gegenstände genannt, mit denen er sich beschäftigen müsse; so insbesondere die produktive Erwerbslosenfürsorge, die Aufhebung der Zwangsarbeit und die Revision des Gemeindeprogramms. Man sah davon ab, hierfür besondere Tagesordnungspunkte einzusetzen, da die Zeit des Parteitages ohnehin stark belastet erscheint. Es soll im Rahmen der anderen Beratungsgegenstände ausreichende Möglichkeit geschaffen werden, auch auf diese Fragen einzugehen.

Ueber die Beamtenfrage referierte Gen. Ritter. Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Der Parteiausschuss wird voraussichtlich unmittelbar vor dem Parteitag in Kassel selbst noch einmal zusammentreten.

## Deutschnationale Unwahrheiten.

### Die Agrarierfehde gegen den Landwirtschaftsminister.

Auf einer Adhärenztagung rheinischer Landwirte hat der Syndikus des Rheinischen Bauernvereins, Dr. Karl Müller, wieder einmal den deutschnationalen Agitationschwanz gegen den preussischen Landwirtschaftsminister, Genossen Braun, aufgewärmt, wonach dieser ein Gemer der praktischen Siedlungspolitik sei und wonach sich seiner Brauns Tätigkeit gegen eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion richte.

Das Eine wie das Andere ist große Unwahrheit. Was die Siedlungspolitik anbetrifft, so hat nicht der Landwirtschaftsminister bisher die Siedlung systematisch verhindert, sondern die politischen Freunde des Herrn Müller, darunter die

Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. In der preussischen Landesversammlung haben sie es durchgesetzt, daß das Reichsiedlungsgesetz in einem entscheidenden Punkte durch die preussischen Ausführungsbestimmungen sabotiert wurde. Die Ausführungsbestimmungen schreiben nämlich vor, daß die Siedlungen der neu zu bildenden Landlieferungsverbände nicht, wie der Regierungsentwurf und Genosse Braun es wollten, vom Landwirtschaftsministerium nach einheitlichen Grundrissen erlassen werden, sondern daß jeder Verband sich seine Siedlungen selbst geben sollte. Die Folge ist, daß die Landlieferungsverbände nun bereits seit acht Monaten über ihre Siedlungen beraten, aber noch kein einziger bisher praktisch tätig geworden ist.

Was den weiter gegen Genossen Braun erhobenen Vorwurf anlangt, daß er die Aufteilung der Staatsdomänen verhindere, so ist der Landwirtschaftsminister hier stark behindert durch die von der alten wilhelminischen Regierung abgeschlossenen langjährigen Pachtverträge. Trotz aller Hindernisse aber hat Genosse Braun bereits eine bedeutende Siedlungstätigkeit entfaltet. Eine Anzahl Staatsdomänen konnte durch gütliche Vereinbarung mit den Domänenpächtern für Kleinriedler freigegeben werden. Auch die Freigabe der überflüssig gewordenen Truppenübungs- und Exerzierplätze ist wesentlich auf seine Initiative zurückzuführen, ebenso das Bodenverbesserungsgesetz, das die Grundlage für eine großartige Kultivierung der Leidländereien, namentlich der Moore, bildet, ferner das Umlegungsgesetz usw.

Ebenso hallos ist der zweite Vorwurf, der den Minister als Feind der Produktionssteigerung hinzustellen sucht. Für eine Steigerung der Kunstdüngerzufuhr, von der alles abhängt, ist Genosse Braun ununterbrochen tätig gewesen. Er hat es durchgesetzt, daß der Düngerindustrie für die Belieferung mit Kohlen ein Vorrang vor anderen Industriezweigen eingeräumt wurde. Ferner wirkte Braun für eine vermehrte Einfuhr von Kraftfuttermitteln und von Kalkphosphaten. Er sorgte dafür, daß neuentdeckte Phosphatlager in Bayern so schnell als möglich in Abbau genommen wurden.

Alle reaktionären Versuche, den Minister als Feind der Landwirtschaft oder des Siedlungswesens hinzustellen, scheitern an den Tatsachen.

## Der rebellierende Selbstschutz.

### Aufforderung zum Ungehorsam und Drohungen.

Küher der von uns bereits in der Mittwoch-Abendausgabe gekennzeichneten Eingabe hat der „Brandenburgische Selbstschutz“ noch einen Aufruf an seine Mitglieder erlassen, in dem er offen zum Ungehorsam gegen die Aufhebungsverordnung auffordert. Es heißt darin:

Schlagt Euch, Euer Eigentum und Euer Recht weiter selbst und wehrt selbst Eure Freiheit! Das sei jetzt Eure Lösung!

Wir tun nichts, was gegen die Verfassung geht. Unsere Organisation bedeutet Sicherheit für Heimat, Leben und Eigentum und Gewähr für das tägliche Brot.

Unser Ziel ist Glück und Segen für unser Vaterland! Unsere Kraftquelle die Liebe zum Volk und zur Heimat. Auf unserer Seite steht das stilles Recht und der feste Wille, es zu schützen.

Darum muß der Selbstschutz bestehen bleiben, solange wir ihn brauchen!

Unseres Wissens steht das Entwaffnungsgesetz schon in Strafen gegen diejenigen fest, die zum Ungehorsam gegen die Entwaffnung aufrufen. Der oben zitierte Aufruf ist von etwa 50 Rittergutsbesitzern und Gutsbesitzern namentlich unterzeichnet. Wir sind nun gespannt, ob gegen diese ein gerichtliches Einschreiten auf Grund des Gesetzes erfolgen wird.

Brandenburg, 25. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Unser Vorderricht, die „Brandenburgische Zeitung“, ist in der Lage, ein Schreiben zu veröffentlichen, das der Vollzugsausschuss des Kreises Westphalenland an den

sehen; alle 1000 Millionen Erdbewohner können nebeneinander auf einem Teil des Bodensess sitzen, der auf dem Globus kaum sichtbar verzeichnet ist. Es kommt nur auf die Befestigung der künstlichen Ausgleichsbedingungen an; nur künstliche Freiheiten und Schranken haben den Lebensraum heutiger Hochobdormen ermöglicht und erzogen, und die rechte Verschmelzung, die selbst zwischen Land- und Gartenleben und Industrie möglich wäre, unterbinden.

Wenn man jeder Berliner Familie zwei Morgen Landes gäbe, so würde nicht, wie viele annehmen möchten, die halbe Welt Brandenburg, sondern nur ein Zehntel, die Fläche innerhalb eines Kreises mit dem Radius Berlin—Potsdam gebraucht.“

Charles Richet 70 Jahre. Am 26. August vollendet der französische Physiologe und Nobelpreisträger Prof. Charles Richet sein 70. Lebensjahr. In Paris geboren, studierte er seit 1868 in Heidelberg, Berlin und französischen Universitäten Medizin. Im Feldzug von 1870/71 erwarben auch passivistische Leistungen in ihm. Seit 1887 bekleidet er die ordentliche Professur für Physiologie an der Pariser Universität. Er hat sich nicht nur wissenschaftlich, sondern auch literarisch vielfach erfolgreich betätigt. Als er die Geschichte der Physiologie studierte, stieß er auf einen Namen, der große Verdienste um die Entdeckung des Blutkreislaufs hat: Michael Servet. In ihm erkannte er eine Natur, die gleich ihm selber für die Dinge Interesse hatte, die über die Medizin hinausgehen. Hier fand er die Ideen eines überkonfessionellen freien Christentums entwickelt, die er selbst teilt. Wieviel sollte nun nach, daß er die praktischen Folgerungen des Sayes: „Alle Menschen sind Brüder!“ zog? Richet wendte auf diesem Wege weiter und ließ es sich immer besonders angelegen sein, für die Weltverbesserung, gegen den verheerenden Krieg mit Wort und Tat zu wirken. Im März 1914, als die Gefahr eines drohenden Krieges zwischen den europäischen Nationen wieder einmal in greifbare Höhe gerückt war, fuhr er nach Deutschland und hielt öffentliche Vorträge für Verständigung der Völker.

Der unheimliche Optimismus, der Verzweiflung nicht kennt, ist für ihn wesentlich. Er glaubt an den Aufstieg der Menschheit, an den Sieg des Guten. Das ist der Grundzug seines Hauptwerkes, der „Allgemeinen Kulturgeschichte, Versuch einer Geschichte der Menschheit“ (deutsch von Rudolf Bergler). Er stellt hier nicht Theorien auf, er läßt die Geschichte selbst sprechen. Nicht Kräfte sind für ihn die Feinschnitte und Entscheidungen, sondern das Buch gliedert sich in Kulturperioden: die Herrschaft der Kirche, der Wissenschaft usw. Derselbe leitende Gedanke liegt auch seiner demnach in deutscher Sprache erscheinenden „Kulturgeschichte“. Der Mensch ist dumm!“ zugrunde. Alles könnte im Leben gut sein, wenn es sich der Mensch durch seine Dummdheit und Unfähigkeit nicht verstoße. So gilt sein Hauptgebot: Kampf gegen die Verblendung des Menschen. In diesem Sinne protestierte er im Januar 1919 an der Spitze französischer Physiker und Sozialisten gegen die Gewaltpolitik seiner Regierung.

Auf literarischem Gebiet hat Richet im Anschluß an seine physiologisch-wissenschaftlichen Studien („Versuch einer allgemeinen Physiologie“ u. a.) besonders ökonomisch-utopische Romane und Novellen geschaffen, so „Velefen“, und das Zukunftsgemälde „Zu hundert Jahren“.

„Ach seine „Habela“ (deutsch 1914) sehen im Dienste der großen Menschheitsideen.“

Gorki über die estnische Gefahr. Die „Daily News“ geben einen von Maxim Gorki an den bekannten englischen Schriftsteller H. G. Wells gerichteten Brief wieder. In dem Brief u. a. ausführlich: „Die Leben in Esten, da selbst die perverteste und behäufliche Phantasie keine Lügen und Beleumdungen erfinden kann, die schrecklicher und entwürdigender wären als die gegenwärtige Wahrheit. Eine von diesen empörenden Wahrheiten ist die Zwangsarbeit auf Rußland, ein Land, das seine ganze schöpferische Kraft an ein soziales Experiment von der größten Bedeutung und Wichtigkeit für die Menschheit setzt. Man sollte uns Russen unsere eigene Weisheit und unserer eigenen Torheit überlassen. In jedem Hause hätten wir dann dem übrigen Europa ein lehrreiches Schauspiel geboten. Jedoch Europa, vertreten durch England und Frankreich, ist bestrebt, uns abzuwürgen. Ich glaube nicht, daß Europa Glück damit haben wird, aber es ist sehr wohl möglich, daß seine Rußland-Politik die Russen Ästen in die Arme treibt. Sehen Sie nicht in dieser möglichen Vereinigung mit asiatischen Völkern eine furchterliche Bedrohung der europäischen Kultur? Was mich betrifft, so bedrückt mich diese Frage wie ein Alpdruck.“

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt. Ein gemischter Ausschuss, in dem das Reichs- und das preussische Staatsministerium, die holländischen Arbeitsämter, die Universität, Berufsvereine, Gewerkschaften sowie die bedeutendsten frankfurter Wohlfahrts- und Bildungsorganisationen vertreten sind, hat die Vorarbeiten abgeschlossen, die zur Gründung einer Akademie der Arbeit in Frankfurt an die Universität Frankfurt führen sollen. Als Teilnehmer (die Zahl hundert soll vorerst nicht überschritten werden) sind Arbeiter und nicht akademisch gebildete Angestellte und Beamte in Aussicht genommen, Männer, Frauen zwischen 24 und 40 Jahren. Der Ausschuss hat das Ergebnis seiner Beratungen in einem kurzen Bericht zusammengestellt, der gegenwärtig an alle interessierten öffentlichen Körperschaften und Gesamtverbände sowie die großen Berufs- und Bildungsorganisationen im Reich verhandelt wird, um deren Stellungnahme zu erfahren. Nach Eingang der Antworten mit der Ausschuss die Interessierten zu einer gemeinsamen Tagung zusammenzuführen, auf der die Gründung endgültig beschlossen werden soll.

Musikrevue. Die ständigen Winterkonzerte des Völkervorwärtlers, die jeden Sonntag, Dienstag und Mittwoch in der Völkervorwärtlerhalle, beginnen am Mittwoch, den 1. September.

In Ehren Andree Jorns. In Jorns hat sich zur Gründung einer Volkshilfe ein Verein gebildet, dem zahlreiche Personen aus allen Schichten der Bevölkerung beigetreten sind. Der Ausschuss dieses Vereins, der sich aus älteren Männern von der deutschen Völkern bis zur ersten Generation zusammensetzt, fordert die Völkervorwärtler Völkervorwärtler zu helfen, gegen die drohende Schließung des Völkervorwärtler Völkervorwärtler zu nehmen. Man hofft, die von den Stadtverordneten abgelehnte Gesamtsammlung noch ausbringen zu können. — In Halle tritt ein Ausschuss, an dem sich alle großen Gruppen und Parteien der Bevölkerung beteiligen, für die Gründung einer Volkshilfe ein. Sie soll Führer zur Arbeit für alle werden.

Ein deutsches Cypernspiel in Christiania. Das die Wälfre aufhörte, erlangt großen Erfolg.

Deutscher Unterricht in Amerika. Die amerikanischen Mittelschulen, die während des Krieges den Unterricht in der deutschen Sprache eingestellt hatten, nehmen ihn jetzt wieder auf.

Berufsberatung im neuen Berlin.

Von Gertrud Zuder.

Die Berufsberatung ist einer der jüngsten Zweige an dem Baume öffentlicher sozialer Fürsorge. Seit kaum einem Jahre hat der Gedanke sich Bahn gebrochen, daß von der Berufswahl der Einzelnen nicht nur eine Unsumme individuellen Glücks oder Unglücks abhängig ist, sondern daß auch die gesamte Volkswirtschaft im höchsten Maße ein Interesse daran hat, alle Mitglieder in der Ausübung ihres Berufes an die Stelle zu bringen, wo sie gemäß ihrer körperlichen und geistigen Veranlagung ihr Bestes zu leisten imstande sind.

Die Anerkennung dieses Grundgesetzes hatte zur Folge, daß sich Verbände, Vereine und Kommunen freiwillig in den Dienst der Sache stellten und so entstand in Berlin wie auch an vielen anderen Orten ein buntes Gemisch verschiedenster Veranstaltungen, die dem Zwecke der Berufsberatung dienlich sind.

Es gab Berufsberatungsstellen von Innungen und Berufsorganisationen, die nur die Beratung für einen bestimmten Beruf zur Aufgabe hatten, Berufsberatungsstellen konfessioneller Natur, Berufsberatungsstellen nur für Frauen usw.

Aus der Erkenntnis heraus, daß — sollte nicht der Weg über „vertraute Exzellenzen“ und großen volkswirtschaftlichen Schaden führen — die Berufsberatung schon bei der schulenlosen Jugend einsetzen müsse, kam man auch in Groß-Berlin bald dazu, diese zu organisieren. Der damals aufstrebende Plan, die Beratung der gesamten Groß-Berliner Jugend von einer Stelle auszuüben, fand von seiten praktischer Sozialpolitiker den bestmöglichen Widerstand. Es wurde als eine Unmöglichkeit bezeichnet, bei den Miesentfernungen, die eine Stadt wie Groß-Berlin hat, zu verlangen, daß alle Jugendlichen, gleichviel wo sie wohnten, nach einer Stelle kommen sollten; der Verlust an Zeit, Kraft und Geld (Fahrkosten) konnte der Arbeiterschaft billigerweise nicht zugemutet werden.

Aber noch ein zweiter nicht minder wichtiger Grund sprach gegen die Zentralisation an einer Stelle. Wohl oder übel mußte eine solche immer zur Massenabfertigung führen, wodurch natürlich der der Berufsberatung zugrunde liegende Gedanke ad absurdum geführt worden wäre.

Die Dezentralisation setzte sich auch durch. Der Verband Märkischer Arbeitennachweise übernahm die Berufsberatungsstelle und Lehrstellenvermittlung für die Stadt Berlin und einige Vororte, denen dies erwünscht war, während andere — Charlottenburg, Schöneberg, Spandau, Lichtenberg u. a. — eigene Berufsberatungsstellen gründeten. — Soweit die historische Entwicklung und der heutige Stand der Dinge. Wie soll die Entwicklung bei der zukünftigen Umgestaltung Berlins weitergehen? Wie soll und kann das Problem Zentralisation — Dezentralisation gelöst werden?

Noch heute, wie vor zehn Jahren, stehen die oben kurz skizzierten Gedanken dem etwaigen Projekt einer absoluten Zentralisation entgegen. Es muß sogar gesagt werden, daß diese Gedanken sich bedeutend verschärft haben, infolge der viel größeren räumlichen Ausdehnung des neuen Berlins im Vergleich zu dem, was man bisher unter Groß-Berlin verstand, und infolge der bedeutend erhöhten Fahrkosten. Von vielen Stellen des neuen Berlins würde man sogar zweimal fahren müssen, ehe man zu einer derartigen Beratungszentrale gelangt.

Andererseits darf nicht verkannt werden, daß die bisher übliche Dezentralisation — ein Nebeneinanderbestehen einer Anzahl selbstständiger Berliner Berufsberatungsstellen — zu Unzulänglichkeiten geführt hat. Maßnahmen, die zentral hätten erledigt werden können und müssen, z. B. die Verhandlungen mit Ministerien, Innungen, Korporationen und Berufsorganisationen aller Art, die Sammlung berufsunabhängigen Materials, statistische Erhebungen usw. wurden gleichzeitig von verschiedenen Stellen getroffen. Das Eingehen auf alle Einzelheiten verbietet der zur Verfügung stehende Raum, aber auch dem Laien wird schon aus diesen wenigen Beispielen klar werden, welche Zeit und Kraftvergeudung, welche Belastung von Behörden und Interessentenverbänden es bedeutet, wenn die notwendigen Verhandlungen anstatt einmal mit einer Zentrale, sechs- oder achtmal mit verschiedenen Stellen geführt werden müssen.

Was ergibt sich hieraus als logische Folge für eine zukünftige Organisation?

Die ganze Berufsberatung des neuen Berlins, die für Schüler aller Schularten, für alle Berufe, für Normale und Anormale, für Voll-Erwerbsfähige und Erwerbsbeschränkte, eingerichtet werden muß, kann nur von einer Stelle aus geleitet werden. Diese Stelle muß alle organisatorischen Aufgaben, zu denen außer den oben angedeuteten, noch viele andere gehören, zentral lösen, die eigentliche Berufsberatung aber, die mit Lehrstellenvermittlung verbunden sein muß, auf die einzelnen Bezirke verteilen. Es mag hier unerörtert bleiben, ob jeder der Berliner Bezirke eine eigene Berufsberatungsstelle brauchen wird oder ob es nicht praktischer wäre, für mehrere Bezirke eine Stelle zu schaffen, ebenso kann es zweifelhaft sein, ob jede Stelle für alle Zweige der Beratung voll ausgebaut sein müßte, oder ob es nicht genügt, wenn sich z. B. nur eine oder einige Stellen mit der Beratung Anormaler beschäftigen. Alle derartigen Fragen müßten nach dem praktischen Bedürfnis gelöst werden und es würde Sache der zukünftigen Zentrale sein, die man Provinzialberufsamt — oder wie immer — nennen möge, die zweckmäßigste Organisation zu schaffen.

Bei einem vier Millionen Einwohner umfassenden Gebiet werden die Aufgaben einer derartigen Zentrale natürlich riesenhafte sein, ganz besonders auch deshalb, weil alles auf diesem Gebiete Neuland ist, weil lauter neue Wege gegangen werden müssen, für die nirgends Vorbilder bestehen. Diese Zentrale darf deshalb auch weder räumlich noch durch Personalunion mit einer der Bezirks-Beratungsstellen verbunden sein. Sie hat als Zentrale lediglich leitende, organisatorische und wissenschaftliche Aufgaben. Sie und nirgends darf der Gedanke aufstehen, daß durch räumliche Nähe, durch persönliches Interesse des Leiters an den Resultaten einer bestimmten Beratungsstelle diese Stelle durch die Leitung in irgend welcher Weise beherrschbar werden könnte. Sei es durch besser ausgebildete Beamte, durch gründlicheres Beratungsmaterial, durch größere oder bessere Auswahl von Lehrstellen usw.

Die Einwohner des neuen Berlins, insbesondere die Arbeiter haben ein Interesse daran, daß ihren Kindern die Wege in die berufliche Zukunft, die durch den Krieg und seine Folgen ohnehin verworren genug sind, soviel als möglich geebnet werden.

Der Weg dazu führt über eine für die Organisationsarbeit zentralisierte, für die praktische Beratung aber dezentralisierte Berufsberatung.

Groß-Berlin

Die Kuchenkünstlerin.

Unser kleiner literarischer Zirkel sollte in meinem „Heim“ lagen. Ich beschaffte ein möbliertes Zimmer, daß so eng war, daß man zwischen Schrank und Bett nur seitwärts gehen konnte. Das Fenster befand sich in einer Nische, davor ein Tisch mit dem Regenschirm, dem Spirituslocher auf einer Hochunterlage und einer Keksdose, die die wichtigsten Lebensmittelrationen enthielt. Der andere Teil des Tisches gehörte der „höheren Welt“ der so beliebten geistigen Sphäre an. Hier lag nun alles, was ich an Kunstschätzen besaß, dicht beieinander. Bücher, Sammelalben, Zeichnungen einiger Freunde, und eine Karmorschart, die mich das Glück in einer Kunstausstellung gewinnen ließ, wirkte ganz besonders greifbar zwischen den Alltagsdingen. Ich hätte ja gern das Zimmer mit einem größeren verläßt, wenn meine Wirtin nicht auch so schrecklich bettelarm gewesen wäre, wie ich selber zu Zeiten war. Sie tat mir leid, und dann das Ausschlaggebende: sie war herzensgut. Mit ihr konnte man sicher glücklich in Kommune leben, was ja heute noch nicht immer der Fall sein soll.

Also in meinem engen Zimmer sollten nun zehn Personen unterkunft finden. Meine Wirtin fand auch diesmal Not, sechs Personen konnten auf meinem Bette sitzen, und die anderen vier? „Die finden auch noch Platz, lassen Sie mich man machen.“ Dann wuschelte sie mit ihren kranken Füßen zur Tür hinaus. Ich hatte noch zu schreiben, holte meinen Schreibisch unterm Bett hervor und fräste ihn gegen die Tischkante. Zu Anfang war die Stellung unbequem, aber Gewohnheit läßt das härteste Joch leicht erdulden.

der Millionär schaute. „Ich möchte für ihn gern drei jüdische Deute opfern, von jener Sorte, die einen armen Mann anzeigen, weil er Rosinenwein anfertigt, den er seinen Bekannten zum Segensspruch liefert, um auf solche Weise Weib und Kinder zu ernähren.“

„Wie meint Ihr?“ unterbrach ihn der Millionär inmitten seiner Rede und starrte auf den Weg, der nach Gronow führte. „Wie meint Ihr? . . . Kann er sich nicht verirren? Ich meine, ob der Jüngling . . . wie heißt er doch? . . . nicht durchbrennen könnte?“

„Ach, dieser Trottel!“ entgegnete Veril und blähte auf den Weg, der nach Gronow führte. „Hat er denn ein Verbrechen begangen? Hat er etwas Schlimmes verübt, daß er durchbrennen sollte? Er ist genau so ein Verbrechen wie ich.“

„Was kann Euch eigentlich für diese Sache rassistieren?“ fragte der Millionär plötzlich und schaute Veril mit einem Auge von oben herab an, während er das andere schloß und in der Zeit zwischen der Frage und der Antwort einen Grabhalm faute.

„Für welche Sache? . . . Für den Rosinenwein? Weder Prügelstrafe noch Arreststrafe, das ist sicher. . . Aber kann ich übrigens wissen, welche Strafe sie mir auferlegen werden? Mögen sie mich strafen wie sie wollen! Was können sie mir antun? Was können sie mir abnehmen? . . . Die Armut? . . . Höchstens können sie mich einsperren. . . nun, so werde ich eben ein paar Tage sitzen. . . Aber wie ist es mit Euch? Ihr seid doch ungerufen ein angeheuerer reicher Mann? Wahrhaftig, ich muß Euch die Wahrheit sagen, Reb Scholem Beer, nehmt es mir nicht übel, ich an Eurer Stelle würde wegen einer solchen Dummheit, wegen des Abwaschwassers, mich nicht einsperren lassen. Erstens würde ich mich mit der Polizei nicht in Streit einlassen, zweitens würde man mich, wenn ich Eures Standes wäre, wegen einer solchen Vapallie nicht mit der Etappe fortführen. Teplitz würde es nicht zulassen, daß der reichste Mann der Stadt wie ein gewöhnlicher Mensch, genau wie die armen Leute, abgeführt werde.“

Zu einer anderen Zeit würde eine solche Rede dem roten Veril schlecht bekommen sein; der Teplitzer Millionär würde ihm als Antwort auf solche Worte sicher mit dem Kopf die Tür gewiesen haben. Doch jetzt, auf dem Etappenweg nach Geizen, mußte Scholem Beer alles über sich ergehen lassen. Jetzt durfte ihm jeder sagen, was er wollte. Der rote Veril rühte sich an ihm, so gut er konnte, aber nur mit ruhigen

Das sah ich auch bei meiner Wirtin. Hart hatte die Frau in ihrer Jugend gearbeitet. Als sie sich verheiratete, mußte sie, wie leider nicht jedes Mädchen, daß die Ehe Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit brachte. Sie pflegte zu sagen: „Mein einziges Vergnügen in meinem Leben war, daß ich mich Sonntagnachmittags ausfühle.“

Nun, da die Frau alt, gebrechlich und allein war, verfügte die sparsame Witwe noch nicht einmal über das Allernotwendigste. Sie hauste in einer kleinen Kuche. Ihr noch kleineres Zimmerchen mußte sie vermieten, um den Mietzins bezahlen zu können. — Als ich vom Briefkasten heimkehrte, hatte die gute Seele hinter dem Tisch am Fenster ihr Plättchen auf zwei niedrige Stühle aufgestellt und so die nötige Eingelassenheit für die anderen vier Personen geschaffen. — Meine Freunde brachten noch einen neuen Gast mit, einen jungen Bildhauer. Meine Wirtin brachte und den Tee und etwas Gebäck, das sie selbst für mich herstellte.

„Man sollte doch nicht meinen, daß in allem, das uns umgibt, formende Kunst zu spüren ist. Selbst die Höhe des Backofens muß ich als den kommenden Mann entdecken. Dabei ergreift der junge Bildhauer einige Tierchen, Bäume und andere Figuren, die auf dem Kuchenteller lagen. „Seht,“ rief er begeistert, „welch edle Form! Alles war Schablone, nun ist es ureigenster Individualismus.“

„Sie irren,“ mußte ich widersprechen. „Schablone lag hier nicht vor. Meine Wirtin formt all das Tiergebäck mit ihren gekrümmten Fingern. „Dann ist sie eine Künstlerin, sie muß zu meinem Meister,“ rief wohl Entschlossenheit der Bildhauer. Der Chorus schrie zu meinem Entsetzen: „Frau Wirtin, Frau Wirtin!“ Diese kam halb verführt, so schnell es ihre Kraft zuließ zu uns. Sie lächelte, als sie endlich begriff, wovon die Rede sei.

Am nächsten Tage hielt eine Trauung vor der Tür. Der Bildhauer hatte seinem Meister von der Kunst meiner Wirtin erzählt. Dieser wollte das Wundergeschöpf sehen und sprechen. Er gab ihr Anweisung und sie formte vor den Augen des großen Meisters ihr Gebilde. „Warum sind Sie nicht 20 Jahre früher zu mir gekommen?“ sagte er, ihr auf die Schulter klopfend. „Was sollte ich denn bei Ihnen? Ich hätte ja schon so genug zu tun!“ — Als sie wieder nach Hause kam, schüttelte sie über die verrückte Welt den Kopf.

„Soviel Aufsehen wegen dieser Keks. Dabei sollte doch noch Zucker daran!“

Die Zurückhaltung der Viehbestände.

Magistratseingabe an Minister und Reichskanzler.

Der anbauende schwere Mangel an Fleischfleisch, der geradezu einer Katastrophe zutreibt, hat den Magistrat veranlaßt, sich mit einer dringenden Vorstellung an den Reichsernährungsminister und den Reichskanzler zu wenden, in der es heißt:

„Da auch der diesmalige Viehmarkt fast gänzlich unbesetzt ist, muß die Fleischfleischlieferung in dieser Woche ausfallen. Entgegen dem Beschluß der Reichstagskommission, dessen Voraussetzungen bisher nicht erfüllt sind, wird tatsächlich die Fleischbewirtschaftung durch Obstruktion aufgehoben. Wir müssen dringlichst zur Ermäßigung stellen, ob geduldet werden darf, daß der Beschluß derart durchkreuzt wird. — Wenn die Viehhandelsverbände jetzt mit der Lieferung zurückhalten, so geben sie deutlich zu erkennen, daß sie bei Freigabe des Handels auf stark erhöhte Preise rechnen. Es drohen uns also Fleischmangel und wesentlich erhöhte Preise, auf fast allen Nahrungsmittelgebieten, mithin statt des allseitig erstrebten Abbaues der Preise eine weitere große Teuerung.“

Nicht Personen, sondern Gütertariferhöhung.

Zu letzter Zeit wurde eine Reihe von Mitteilungen verbreitet, daß die Eisenbahnverwaltung eine neuerliche Erhöhung der Tarife plante. Hier wurde zum Teil vom Personen-, aber auch vom Gütertarif gesprochen. An zuständiger Stelle erfährt nun eine Korrespondenz, daß eine neuerliche Erhöhung der Personentaxen nicht geplant ist. Dagegen wird jetzt die lang gedehnte Absicht der Eisenbahnverwaltung ausgeführt, die Kriegszuschläge in die Güter- und Viehtransporte organisch einzuarbeiten und hierdurch zu einer neuen Festsetzung der normalen Beförderungsgebühren zu kommen. Die ständigen Tarifkommissionen der deutschen Eisenbahn und der ihr beigeordnete Ausschuss der Verkehrsinteressenten hat nunmehr in einem längeren

Worten, er zankte absichtlich nicht mit ihm, nur rühte er mit seinem lahmen Fuß so nahe an den Reichen heran, daß dieser ein wenig zurücktreten mußte.

Veril fing also an:

„Wißt Ihr, Reb Scholem Beer, seit wann wir uns schon kennen? Wir kennen uns seit Jahr und Tag! Ich erinnere mich, als Ihr noch solch ein Stöpsel wart.“ — Veril zeigte dabei mit der Hand dicht über die Erde. — „Ihr müßt in meinem Alter sein, vielleicht ein oder zwei Jahre älter. . . Ihr müßt Euch meiner erinnern, denn mein Großvater und Euer Vater waren — erichredt nicht — sie waren nicht verwandt, d. h. im zweiten und dritten Grad waren sie doch verwandt, von mütterlicher Seite; aber sie waren nahe Nachbarn in der alten Synagoge, wo sie ihre Klöße gegenüber hatten. — Euer Vater an der Ostseite, wo die vornehmen Leute saßen, und mein Vater in der Mittelreihe. Wegen man sich zur Wand aufstellte, um die achtzehn Abschnitte des Gebets zu verrichten, haben wir Euch stets von hinten. Ich erinnere mich noch genau des glänzenden Atlasrädens Eures Vaters und seiner breiten Schultern mit der breiten Silberhorte des Betmantels. Mein Großvater, Reb Rastale Weiser. — Ihr müßt Euch seiner erinnern —, pflegte seinen gelben Betmantel über den Kopf zu nehmen und mich zu kneifen, damit ich in das Gebetsbuch schau. — während ich gerade solche Lust zum Beten hatte wie Ihr. Ich sah ganz gut, da ich doch hinter Euch stand, daß, während die achtzehn Abschnitte still verrichtet wurden, Ihr nur auf Eure Stiefel starrtet, die laut knarnten. Wie meint Ihr, habe ich Euch wegen Eurer Stiefel beneidet! Denn ich hatte immer alle geflickte Stiefel, weil ich wegen meines kranken Fußes niemals einen richtigen Schuh anziehen konnte. Ich hatte überhaupt viel Verdruß wegen meines Fußes; Außerdem, daß es mir schwer fiel, zu gehen, pflegten die anderen Jungen mich auszulachen, mir „Lohmsfuß“ nachzurufen und mich nachzumachen, wie ich ging. Zu denen, die mich am meisten verpötelten, gehörte Ihr, Reb Scholem Beer — es soll Euch nicht zur Schande gereichen — und noch mehrere andere reiche Jungen, lauter verwöhnte Mutterjüngchen. . .“

„Ich?“ fuhr der Reiche auf und erinnerte sich, daß es stimmte; sie pflegten ihm wirklich immer nachzumachen, wie er auf einem Fuß humpelte.

„Das Nachmachen allein wäre nicht so schlimm gewesen; Ihr wolltet mich aber nicht in Eure Gesellschaft aufnehmen,

Mit der Etappe.

Von Scholem Alechem.

Er erinnert ihn an alte Sünden.

Wenn ich ein Maler oder wenigstens ein Photograph wäre, würde ich die Gruppe mit den drei Individuen abbilden, die so schön mitten im Feld, auf der Anhöhe, unter einem Birnbaum ruhten, einem Birnbaum mit kleinen grünen Blättern und feinharten Birnen, die man nicht zerbeißen kann und von denen man nicht weiß, wozu Gott sie geschaffen hat.

Zwischen Lawrij Soiffi mit der hohen, zottigen Mütze und dem roten Veril mit dem lahmen Fuß und dem zuckenden, mit Wurzeln bedeckten Gesicht, die wie Johannisbeeren ausschauten, sah unser Teplitzer Millionär Scholem Beer Teplitzer aus Teplitz mit den kleinen Keulein und dem spärlichen Bart, in seinem neuen schwarzen Tuchfrack, mit dem seidenen Feiertagskappchen auf dem Kopf, wie ein vornehmer Hochzeitsgast und wie eine würdige Person unter einfachen Leuten, die die Ehre genossen, in seiner Gesellschaft zu verweilen. Ein solcher Mensch pflegt sich herablassend zu verhalten, als wäre er unter feinesgleichen, — aber er ist dennoch anders wie die anderen. Was er will, darüber wird gesprochen, was er sagt, wird angehört, und wenn ein anderer spricht, darf er ihn unterbrechen.

„Was sagt Ihr zu der Höhe?“ fragte er den roten Veril leuchtend und unterforschend, indem er die Kermel bis über den Ellbogen hochschob und sich mit seinem seidenen Kappchen über das Gesicht fuhr.

„Ja, es ist nicht kalt,“ antwortete der rote Veril und blähte nach dort, wohin der Millionär schaute.

„Wenn wenigstens kein Regen käme!“ fuhr der Millionär fort und sah zum Himmel empor.

„Ja, das würde für die seidenen Kleider gerade passen!“ beständige Veril und blähte nach dort, wohin der Millionär schaute.

„Er ist kein schlechter Mensch, unier Güter.“ fuhr der Millionär fort und blähte einem langen, leeren Wagen nach, der von einem Paar Ochsen gezogen wurde, und auf dem ein kleiner Junge sah und die Peitsche drehte.

„Unier Güter?“ fragte Veril und blähte nach dort, wohin

**Europa. Geordnete Vorläufe dem Verkehrsminister**  
 gemacht, die mit der Verordnung der normalen Transportgebühren zur Durchführung kommen sollen. In dem eingehenden Gutachten werden die Hauptlinien für das normale Tarifschema in allgemeinen für die Wagenladungsklassen für Eisen- und Straßengüter, für Stafelung, eingehend erörtert und begründet. Ebenso wird der Tarifverleiher, die geordnete Einteilung der Klassen usw., neu festgelegt. Alles in allem bedeutet das neue Tarifschema keine allgemeine Erhöhung, lediglich einzelne Güter, Eisen- und Eisenwaren, also meistens hochwertige Maschinen, werden tarifmäßig den Güterklassen zugeordnet, unter die sie von Reich wegen von Anfang an gehörten, wobei selbstverständlich auch Rücksicht auf die besondere Lage der Industrie genommen werden wird. Es ist geplant, die Neuordnung der Tarifschema zum 1. Oktober d. J. durchzuführen; jedenfalls hofft man, die Vorarbeiten bis dahin beenden zu können.

### Teuere Wohnlauben.

Die Regierung hat bekanntlich angekündigt, daß in Zukunft zur Behebung der Wohnnot auch erlaubt sein solle, Wohnlauben zu besetzen. Eine entsprechende Ergänzung der Bauordnung für die Gegend soll demnächst erscheinen. Auf diese Anregung hin haben sich nun verschiedene Vorortgemeinden mit der Einrichtung solcher Wohnlauben dem mit der Finanzien Untergang solcher Bauten an Ministerien befaßt. Der Lichtenberger Magistrat teilt den Stadtverordneten jetzt auf einen entsprechenden Antrag mit, daß es nach der langjährigen Prüfung kaum möglich sein werde, solche Wohnlauben zu errichten. Vor etwa Jahresfrist habe der Magistrat sich Ansuchen für Wohnlauben, die aus Stube und Küche und zwei Stuben und Küche bestehen, machen lassen. Die niedrigsten Angebote seien damals 12000 M. für eine Stube und Küche und 17000 M. für zwei Stuben und Küche gewesen. Heute würde die Errichtung aber 24000 bzw. 34000 Mark kosten. Selbst wenn der Staat bedeutende Subsidien leisten könnte, würde es kaum im größeren Umfang zum Bau von Wohnlauben kommen, weil es den Anwohnern gemein an den Mitteln fehle, die außerordentlich große Restsumme aufzubringen. Auf diese Weise würde also die Wohnnot sich kaum beheben lassen.

### Millionenbente von Bahnhofsdieben.

Gestern berichteten wir über einen Diebstahl aus dem Stettiner Bahnhof, bei dem der Täter einen Coupletter erbeutete, der für 100000 M. Schmuckstücke enthält. Jetzt werden drei weitere Bahndiebstahlsfälle bekannt, durch die die Diebstohlen um Werte von nahezu 1 Million Mark geschädigt worden sind. Korrespondent erfuhr auf dem Stettiner Bahnhof die Frau eines Landgerichtsdirektors ein, die in einem Paket gepackt und dorthin ihre Schmuckstücke mitgenommen hatte. Diese bestanden sich in einer Perlenschnur, die an einer weißen Seidenkrawatte über dem linken Arm hing. Kurz vor der Bahnstation wurde die Frau, daß die Krawatte und ihre kostbare Schmuckstücke verschwunden war. Die Leiche enthält einen silbernen Anhänger mit zwei Kopffingern für 43000 M. wertvoller Brillanten. Die Brillanten waren jedoch ausgeschraubt und bestanden sich in zwei silbernen Ringen. Die außerordentlich großen, schönen Brillanten haben einen Wert von 320000 M. Außerdem enthält die Leiche noch ungefähr 1400 M. bares Geld. Auf die Wiederherbeschaffung der Schmuckstücke sind von der Deutschen Transport-Versicherungsgesellschaft 100000 M. und von der Geschädigten weitere 50000 M. Besetzung ausgesetzt. — Auf dem gleichen Bahnhof ist ein Kaufmann aus Afrika ein dunkelbrauner Silberkoffer mit eisernen Reißverschlüssen abhandeln gekommen, dessen Inhalt ebenfalls einen Wert von mehr als 300000 M. darstellt. Der Eigentümer des Koffers hatte diesen durch die Lüge von Schiffsbesatzungen nach dem Stettiner Bahnhof befördern lassen. Laut Untersuchungsbericht ist er dort auch abgeliefert worden, seitdem aber ist sein Verbleib nicht festzustellen. Der Koffer enthält eine Altensache mit ausländischen Dokumenten, Reisepläne und Briefe, eine edelene 18 Kar. Armbanduhr und nordamerikanische und arabische Wertpapiere. — Auf dem Potsdamer Bahnhof wurde einem Bahndirektor ein Koffer mit einem grauem Bodenschrein gefüllt, das Schmuckstücke im Werte von gleichfalls 300000 M. enthält. Der Schweizer hatte das Paket an der Gepäckaufbewahrungsfirma auf den Tisch gestellt und wenige Sekunden unbedacht gelassen. Diese kurze Zeit genügt jedoch einem der erwerbsmäßigen Diebstahle, sich des Pakets zu bemächtigen und schließlich damit zu verschwinden. Wer über den Verbleib der gestohlenen Sachen irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird gebeten, sich bei Kriminalkommissar Dr. Riemann im Zimmer 70 des Berliner Polizeipräsidiums (Hauptamt 400) zu melden.

**Postbeamte als Briefmarkensammler.** Ueber Briefmarkensammler von Postbeamten wird von den Markenamtlern jetzt häufig berichtet. Eine Erscheinung, die früher kaum einmal festgestellt wurde. Angehörige der Reichspostverwaltung bringen Marken, die wegen ihrer geringen Auflagenhöhe oder sonst sehr begehrte sind, in

„Ihr jagtet mich mit Stöcken, trachtet mich, wie unachtsam, auf denranken Fuß, mit dem Abgang auf die Beine, damit ich vor Schmerz schreie... Wenn ich aber schreie, lachet Ihr und hicket Euch die Seiten.“  
 „Das denkt Ihr Euch schon an?“ bemerkte der Reiche und erzählte vor Ehemann, daß er so mit dem Krüppel verfahren war. Er erinnerte sich dabei, was für ein glückliches Leben er als Kind hatte, wie er alles machen durfte, was er wollte.  
 „Ich werde Euch einen Beweis geben...“ Ich erzählte es meinem Großvater, und der Großvater erzählte es Eurem Vater, aber Euer Vater wollte es nicht glauben und erwiderte meinem Großvater schimpfend, daß sein Sohn ein trübseliges Kind wäre und sich mit Proletariatskindern nicht einließe. Hört Ihr? Proletariatskinder! Seit jener Zeit ward ich mir bewußt, was ich war! Ein Proletariatskind! Ich fragte meinen Großvater, was das bedeutete, und er erklärte mir, was man unter einem Proletariatskind und unter einem herrschaftlichen Kind versteht. Aber ich verstand nicht, warum ein Kind reicher Leute ein Kind armer Leute auf den Fuß treten durfte und das arme Kind dazu schweigen mußte... Ich fragte also wieder den Großvater, und dieser antwortete mir: Weil ein reicher Mann kein armer Mann, und ein armer Mann kein reicher Mann ist, d. h. ein Reicher ist ein Reicher und ein Armer ist ein Armer.“ Ich verstand den Großvater immer noch nicht und sah ihn an, ob ich vielleicht in seinen Augen den Sinn der Worte lesen würde, doch ich sah in seinen Augen nichts, ich bemerkte nur einen traurigen Ausdruck in seinem Gesicht und Falten auf seiner Stirn, sonst nichts... Ich muß Euch gestehen, das ist zwar lange her, aber seit jener Zeit habe ich alle reichen Leute und alle reichen Kinder, und alle Reichen habe ich Euch...  
 „Nicht?“ fragte der Reiche und packte sich mit der Hand an seine Brust.  
 „Euch, ja, Euch... Ihr wart ja damals noch ein kleiner Bürche — Ihr dürft es mir nicht übel nehmen — eine Schande; wir waren damals beide kleine Kerle. Nachdem wir herangewachsen waren, eingeeignet wurden und ins Jünglingsalter kamen, habt Ihr Euch von mir ganz abgewandt und getan, als ob Ihr mich überhaupt nie gekannt hättet; Ihr dottert mich an, um zu sehen, damit ich Euch nicht grüße und Gut schreibe!“ zurücke und damit Ihr mich, Gott behüte, nicht wiedersaglich und mir nicht „Gutes Jahr!“ zu antworten braucht. Das wolltet Ihr wahrlich vermeiden.“

großen Mengen an sich. Sie verkaufen sie zum Teil mit einem erheblichen Aufschlag weiter. Eine ganze Reihe derartigen Fälle wird bereits disziplinarisch verfolgt. Darunter befinden sich auch Beamte, die ihre amtliche Eigenschaft bei den Angeboten in den Fachschriften durch Dedamiraturen, Buchstaben oder Zahlen zu verheimlichen suchen. Das Reichspostministerium macht jetzt alle Beamten warnend hierauf aufmerksam, daß sie sich durch derartige Vergehens nicht strafbar machen. Sie verlegen das Reichsbeamtengesetz durch einen verbotenen Gewerbebetrieb und ein unvollständiges Verhalten. Dann legen sie sich durch die Hinterziehung der Lucretien der allgemeinen strafrechtlichen Verfolgung aus. Verfehlungen werden unmissverständlich verfolgt.

### Beschlagnahme Feldbahnlokomotiven.

Am vergangenen Freitag wurden in Lützenberg 15 Feldbahnlokomotiven durch die Expeditionsfirma Wegner verladen, aus deren Verzeichnissen hervorging, daß der Empfänger die „Warta-Klein-Industrie“ für Handel und Schifffahrt in Danzig sei. Die Eisenbahner schöpften Verdacht, daß diese Lokomotiven durch Rückkäufe für die polnische Regierung bestimmt seien und in den augenblicklichen Kämpfen gegen die Russen verwendet werden sollten. Sie hielten deshalb den Transport an, um den Abnehmer festzustellen. Bei näherer Prüfung durch die polnische Besatzung wurde festgestellt, daß die auf den Ausfuhrpapieren vermerkten Nummern, wie sich aus einer Anfrage beim Kommandant für Eisen- und Ausfuhr ergibt, nicht stimmen. Es wurde deshalb das Landespostamt benachrichtigt, das die gesamten Papiere einforderte und die Feldbahnlokomotiven beschlagnahmte. Die Rückführungen, die noch nicht abgeschlossen sind, ergaben, daß der Abnehmer der Maschinen die „Warta-Klein-Industrie“ in Berlin ist. Beim Kommissar für Eisen- und Ausfuhr konnte jedoch nicht festgestellt werden, daß diese Firma eine Ausfuhrbewilligung erteilt hat. Bisher wurde schließlich durch die Mitarbeit der Polizei festgestellt, daß am 5. Mai d. J. der „Deutschen Maschinen-Fabrik“ die Ausfuhr von Feldbahnlokomotiven an die Firma Jenson u. Co. in Stockholm (1) bewilligt sei. Die Eisenbahner, welche einen Vertreter zu den bisherigen Untersuchungen entsandt hatten, sehen nun auf dem Standpunkt, daß die Lieferung der Feldbahnlokomotiven nach Danzig auf nicht rechtmäßige Weise vorgenommen werden sollte, und haben die Erklärung abgegeben, daß die Lokomotiven nicht eher weiterbefördert werden, bis die Angelegenheit völlig aufgeklärt ist.

### Strotzen, Fuchsenkenden.

Es ist schlechter als je — mußig, bröcklig, kämmt noch Sägeflammen und Waumrinde. Vechwert man sich, so wird umtisch gelegt, es gebe kein besseres Mehl. Und in jedem Geschäft gibt es tollkühnen Preis ohne Marken, in jeder Konditorei die feinsten Kuchen und Torten für den, der's kauft kann!

Beamten des Regiments XI sind gestern auf einer Streife durch die Littenstraße eine Gruppe von Galgierern auf, die mit frischer, duffender Wadware ein Haus verließen. Die Beamten gingen in das Haus hinein, entdeckten auch dort die Wohlgerüche und diesen folgend kamen sie in die Wohnung einer Frau Kurz im vierten Stockwerk, wo sie eine erohangene Geheimekammer entdeckten. In einer Kammer neben der Küche war ein vollständiger Wadwareneingang, in dem vier Galgierer Käse, weiße Hörnchen, Schrippen und andere Wadware herstellten. Die Wadware ging sehr flott, denn sie hatte eine außerordentlich gute Nachfrage, die für Schrippen 1 M. und für Hörnchen 1,25 M. das Stck zahlte.

**Vorbereitende Schließung des Kriegsjorgeamtes Neutän.** Zur Aufarbeitung von Klärfällen bleiben die Geschäftsräume des zentralen Kriegsjorgeamtes Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 240, 241, 248, 249, 249a, 250, 255, 219—221 vom Freitag, den 30. August bis Donnerstag, den 2. September einschließlich für den Publikumsverkehr geschlossen. Eine Abfertigung erfolgt nur am Zweck der Erteilung von Anträgen und Antragsausnahmegerichten und zur Erledigung von Begrüßungsfällen.

**Gegen kirchlich-unpolitische Mäde.** Der Berliner Gemeindeführer Doktor Hübner, der vor kurzem wegen seines „unabhängigen Denkens“ aus der sozialdemokratischen Partei austrat und sein Stadtverordnetenmandat niederlegte, bittet um eine Aufnahme einer Erklärung. Er wendet sich gegen ein über ihn verbreitetes Gerücht, er habe sich für einen Judaslohn von 10000 M. bereit finden lassen, sein möglichstes zu tun, um den Religionsunterricht in den Schulen zu beseitigen. Gegen einen der Verbreiter dieser Verleumdung, einen Lehrer, hat er Klage wegen öffentlicher Beleidigung und Verleumdung erhoben lassen.

**Der Kartoffelmarkt.** Die für die Woche vom 30. August bis 5. September bestimmten 7 Bund Kartoffeln sind von heute ab bis einschließl. Freitag, den 30. August, gegen Abtrennung des Adressanteils in der alten Berliner Regenschirmlade abzugeben und zu entnehmen. Bei der Kartoffeln bis zum 30. August nicht entnommen hat, erhält auf den Adressanteils keine Kartoffeln. — In gemeinlichen Spielanstalten, Kassen gewerblicher Vereine und Einrichtungen der Volkshilfe sind von Freitag, den 30. August, ab Kartoffeln in ausreichendem Maße ohne Abtrennung von Kartoffelmehlkartoffeln abzugeben. Das Gleiche gilt für Obst, Gemüse und Speisekartoffeln.

**Die Elternbeiräte der 220., 227., 235. und 251. Gemeindeführer** beschließen sich in einer kombinierten Sitzung mit der Frage der Aufhebung der Schulen während des Winterhalbjahres. Wegen Rohlenmangel sollen je 2 Schulen unserer Abteilung zusammengelegt und der von den Schülern zu leistende Beitrag wieder eingeleitet werden. Da von allen Vätern und dem Lehrerkollegium hiergegen Widerspruch erhoben wurde, wurde einstimmig beschloffen, am 2. September, abends 7 Uhr, 2 große Elternversammlungen einzuberufen. Die Eltern werden gebeten, zu diesen Versammlungen, die in der Schulaula Reglerstraße und Döblingstraße stattfinden, zahlreich zu erscheinen.

**Republikanischer Führer-Bund, Bezirk 8 (Zentrum).** Versammlung am Freitag, den 27. August, 8 Uhr, Kaiserstr. 7, bei Zwickel. — Bezirk 21 (Lichtenberg). Versammlung am Freitag, den 27. August, 7 Uhr, Stalger Str. 61/62.

### Jugendkongressdemonstration mit revolutionärem Tanzergnügen.

Die Sozialistische Proletariats-Jugend, revolutionäre Kampforganisation, parteipolitisch neutral usw. usw., fordert am 31. d. M. die Jugend auf, für ihre Forderungen zu demonstrieren. Auf ihren Antragszetteln liegt es wiederholend wenige Zeilen darüber: „Ab 8 Uhr Tanz in zwei Sälen.“

Die Scharen von Jugendlichen, denen dieser Fliegenschein zum Verbreiten wurde, waren unerschrocken und selbstvertrauensvoll nicht da waren. Dafür sah man aber um so mehr brave U.S.V.-Genossen. Man sah alle Hände der Regie spielen. Koran eine Musikkapelle, dann 18 Reihen mit je vier Jugendlichen und 30-40 Reihen Erwachsene. In der Ecke hatte man besessen, die U.S.V.-Mahlkarte, die im Zuge mitgetragen wurden. Der Reue wegen? zu überleben. Nebenfalls er machten sie die Jugendforderungen überflüssig. Der Appell gelang ab, dem ehemalsigen Vorsitzenden im Reichsdritten ein Auditorium von circa 200 Leuten zu verschaffen. Der ließ erst einen malerischen Hintergrund für sich beschreiben; jeder würdige sein Fotograf sein eines Talents. In seiner Reden hielt ein Knips ein Bild mit dem Titel seines neuen Buches: „Auf nach Moskau! Es lebe die III. Internationale!“ Er sprach von der großen und schönen Demonstration und davon, daß die Anwesenden jung und hoffnungsvoll wären, er sprach auch von der wertlosen Scheindemokratie und lehnte alle Hoffnungen auf den Moskauer Kongress. Lenin und Tschaikowitsch einem Karl Marx würdig an die Seite treten. Er sagte sogar etwas von Jugendlichkeit, aber die internationalen Aufgaben und Moskau pänden unendlich höher. Derselbe ging aber nicht nach Moskau, sondern zum Tanzboden und zum „Gartenfest“ im Röhmschen Brauhaus.

Am Eingang — Klasse für die U.S.V. und andere revolutionäre Organisationen, Landes-, Sport- und Kabarettvereine, nur nicht für die Sozialistische Proletariatsjugend. Dafür durfte sie ihr Banner über der Bühne aufhängen, auf der sich nun ein sehr ansprechendes Programm abwickelte. Wir glauben der U.S.V. nunmehr getra, daß sie keine Bildungsorganisation ist. Einiges aus diesem Programm: Damen des Turnvereins „Fichte“ warteten mit mitsingenden Horenungen auf, das Berliner Humororatorien ließ sich mit einem Potpourri hören (Wenn der Vater mit dem Sohne... ein Humorist begeisterte sein Publikum mit Josen. Weiter war zu hören: Witter Carls, Traubkrobat; Herr Rastlant, Janderlünster; B. Eshenow, Kuntzeiler; Geht Otto in der englisch-amerikanischen Kaffee; Ruff Ollions, atrobatische Reueht u. I. I. Tagwischen wurde die Parcellen gepiekt, auch durfte die U.S.V. einige Neuentwänge vorführen.  
 Ist eine Jugend, die sich von ihrer Partei loslösen läßt, reißt, um politische Forderungen stellen zu können? Wo bleibt das Massendankwutsein?

### Der Gemeindeomnibus als „fahrender Kindergarten“.

Zehlendorf hatte es von jeder schmerzhaft empfunden, daß die Berliner Verkehrsmittel nur bis zu den Nachbargemeinden reichen. So fährt die Untergrundbahn bis zum Bahnhof Thielplatz in Dahlem und das Reg der Straßen Berliner Straßenbahn endet in Lichterfelde. Schon seit Jahren ist daher die Gemeindeverwaltung bemüht gewesen, eine bessere Verkehrsverbindung, als sie lediglich durch die Wannesebahn gegeben ist, mit Berlin herbeizuführen. Da standte der Gedanke auf, die beiden Bahnhöfe Thielplatz und Zehlendorf-Wannesebahn durch einen Omnibus miteinander zu verbinden. Da auch die Zehlendorfer-Gemeinschaft für diese Vorhaben erklärte, daß, falls die Gemeinde von den auf rund 45000 Mark veranschlagten jährlichen Kosten die Hälfte übernehme, sie selbst alles übrige tragen wolle, so kam auf dieser Grundlage ein für mehrere Jahre laufender Vertrag zustande, und ganz Zehlendorf hatte keine Freude an dem mit schänden Konkluden bewanderten Omnibus. Bald aber stellte es sich heraus, daß man das Bedürfnis überschätzt hatte und daß infolge der andauernd steigenden Betriebskosten der jährliche Aufschwung sich auf weit über 100000 M. erhöhte. Die genannte Gemeinschaft lehnte nun alles in Bewegung, um von ihrer Seite die drückenden Verpflichtungen freizustellen. Die Gemeindevertreter hielten auch ein Einsehen, stellten aber die Bedingung, daß die Gemeinschaft ihrerseits sich damit einverstanden erklärt, daß die Verpflichtung der Gemeinde Zehlendorf aus einem älteren Verträge zur Herstellung eines Parks im Fischholzgrunde durch die bisher im Wege der Kolonialarbeiten ausgeführten Erdarbeiten und Planungen erledigt werden solle. Doun wollte aber die Gemeinschaft nichts wissen, und so löst beim der Omnibus zwischen den Bahnhöfen hin und her — zur Freude der Zehlendorfer Jugend, die als blinder Führer hinters aufkuckt, so daß ein Gemeindevertreter den Omnibus kurzlich als „fahrenden Kindergarten“ bezeichnet.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

- Heute, 26. August:
- Neutän. 7 Uhr, Aula der Oberschule Unter Straße, Elternversammlung der 11. Gemeindeführer Neutän. Lehrer und Eltern dieser Schule sind eingeladen.
  - Angewandte Vereinigung, Ortsgruppe Neutän. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr im Jugendheim, Rognerstr. 33; Mitgliederversammlung. — Ortsgruppe Friedrichshagen. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Schulz, Friedrichstraße 66; Vortag über Sozialismus und Kapitalismus. — Im Saal der Jungfrauen Schützen, Lindenstr. 3; Kaffeehaus-Konferenz. Zusammenkunft aller Eltern für die Jagdclub-Festung des Werkmaterials und der Betriebsarten für unsere große Kundgebung. Alle Eltern müssen vertreten sein. Sammlungslisten für die Reichskonferenz sind mitzubringen. — Abteilung Südwest. Die für heute abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr anberaumte Versammlung fällt aus.
  - Morgen, 27. August:
  - 16. Abt. 7 Uhr Funktionärstagung beim Genossen Schuderl, Albersdorfer Str. 3.
  - 17. Abt. Die in Aussicht genommene Elternversammlung der 220. Knaben-Gemeindeführer findet erst am Dienstag, den 31. August, abends 7 Uhr, statt.
  - Gruppe Wedding und Gesundbrunnen. Elternbeiräte-Versammlung, 7 Uhr, bei Meyer, Weststr. 82. Erscheinen aller auf dem Boden der U.S.V. befindlichen Elternbeiräte notwendig.
  - Gruppe Moabit. (37-41. Abt.) Versammlung aller Genossen. Wichtigste Tagesordnung. Niemand darf fehlen. „Tagestheater“, Weiser Saal Ecke Turm- und Stromstraße.
  - U.S.V. Werbeanzeige der Beamten und Angehörten der Verwaltungsbehörden. 4 $\frac{1}{2}$  Uhr im Wilhelmshof, Kottbusstr. 12. Vortragensmänner-Versammlung. Sämtliche Beamten, Angehörten und Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute aus den Reichs- und Staatsbetrieben und Institutionen usw. sind eingeladen. Mitgliedschaft legitimiert.
  - Friedenau. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Restaurant „Föhnsollern“, Friedenau, Danderystraße, ordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Politische Tagesfragen. Referent: Genosse Hoffe.
  - Steglitz. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr im Jugendheim, Mothenburgstr. 16. Öffentliche Elternversammlung. Thema: Die weltliche Schule. Referenten: Genossen Reiner Kuchensieder und Werner Meier. Partei-genossen; erscheint in Massen.
  - Niederhöhenheim. Mitgliederversammlung 7 $\frac{1}{2}$  Uhr im „Wilhelmshof“, Kaiser-Eilbeim-Str. 64.
  - Frauen der 13. und 14. Abt. Besuch des Erziehungsbeirats Al-Berren Montag, den 30. d. Mts. Abfahrt mittags 1250 Uhrhalter Schloß, Kreuzpunkt bis 7 $\frac{1}{2}$  Uhr der dem Bahnh.
  - 30. Abt. Sonntag, den 29. August, Familienausflug nach Jegernd. Bielefeld. Treffpunkt mittags 8 Uhr auf dem Amtsdock an der Stolpestr. Straße. Von da über nach mit Post nach dem Bahnhof Gesundbrunnen. Abfahrt dort 8.45 Uhr. Für Nachzügler 9.45 und 12.15 Uhr. Am Balde Volksfestanstellungen aller Art. Kaffeehäuser. Rammn müssen mitgebracht werden. Gäste, Kinder und Erwachsene, willkommen.
  - Wahlkreis Hakenfeld. Versammlung der Elternbeiräte und Kandidaten am Mittwoch, den 1. September, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3. Vortrag des Genossen Dr. Bitter: „Die Aufgaben der Elternbeiräte.“ Verteilungslisten der 2. und 3.-13. Abt. werden gebeten, diesen Abend von anderen Parteiveranstaltungen freizuhalten!
  - Jugendveranstaltungen.
  - Heute, 26. August:
  - Reinholdsdorfer-Bez. Mädchenklub, Eichenstr. 63. Vortrag: Französische Revolution. Süd-Bez. Zentral-Jugendklub, Lindenstr. 3. Vortrag: Der Kampf um Nulizien. Sirolauer Viertel. Schule, Eichenstr. 50. Vortrag: Der Kampf um Nulizien. Schöneberg. Rufen. Die Hauptfrage. Diskussionabend. Das ist (Kritik) Schöneberger-Vorhubs I. Schule, Sonnenburger Str. 20. Diskussionabend. Arbeiterjugend und Schulblüten.
  - Sport.
  - Partei der freien Sportvereinigungen.
  - Partei. Sonabend abends: Ausgabe des gemeinsamen Mitteilungsblattes bei Böhm, Neutän, Kommerstraße 12.
  - Freier Wanderverbund. Sonabend: Rückwanderung Halle, Wendlich, Schulze, Altdener See. Abt. Sonabend 6 Uhr nachm., Oberl. Höl, Freitag 11 Mark. — Sonntag: Seiden, Gaim, Weber. Abt. 5.47 Uhr vom Höl, Friedrichstraße, 6.50 Uhr Potsd. Bf.
  - Turnverein „Nordwärts“ Zehlendorf veranstaltet am Sonntag, den 29. August ein „Gutes Schautzieren“ in dem herrlich gelegenen Garten des Restaurants „Waldesruh“, Rammner Straße. Anfang 2 Uhr.
  - Weiterzuchtlichen für das mittlere Norddeutland bis Freitag mittags. Stenlich! Alle zeitweils ausfallend; im Besonderen anläßlich, um den Max Regenauer bei mäßigen wöchentlichen Sünden.





Landrat Herr v. Wredow gerichtet hat. In dem Schreiben heißt es:

Die sind entschlossen, uns rücksichtslos mit all jener Energie und allen uns verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Mitteln im Interesse unserer Heimat gegen eine Auflösung zu wehren. Hinter uns stehen Tausende unserer Organisation angeschlossene Westfälische und über die Grenze hinaus die Überausende ordnungsliebender Männer aller Berufsstände und Kategorien des Selbstschutzes der Provinz und des Reiches. Das bitten wir Sie, Herr Landrat, höheren Orts zur Sprache zu bringen und darauf zu dringen, daß zur Vermeidung unheilvoller Verlorennisse im Kreise die Selbstorganisation unangefastet bleibt.

Besonders ist der Landrat von Wredow aus den Kaputttagen her erheblich belastet. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Junker in Westfalen bis an die Zähne bewaffnet sind. Herr Landrat von Wredow hat davon gewußt. Unter seinen Augen sind vor zwei Monaten während der Nacht auf großen Lastwagen Waffen von Potsdam nach dem Westfalen transportiert worden.

### Kochs Verteidigung.

Der Reichsminister des Innern Koch erläßt, von einer Reise ins Rheinland zurückkehrend, eine längere Erklärung zu seinem auch von uns lebhaft kritisierten Eingreifen gegen den Oberpräsidenten Göring. Was er ausführlich, ist völlig nichtsagend und bedeutungslos. Angeblich sei es ihm um die Aufklärung eines Sachverhalts zu tun gewesen (Belagerungszustand im Kreis Schaumburg), der bereits wochen- und monatelang vorher in der Presse erörtert worden war. Warum Herr Koch gerade in dem Augenblick ein so großes Bedürfnis nach Aufklärung des Sachverhalts empfand, in dem Göring wegen seiner Enthüllung der Spionagemachenschaften von der ganzen reaktionären Meute angegriffen wurde, vermag uns Herr Koch nicht zu erklären. Ebenso vermag er nicht zu erklären, warum er sich gerade an die „Magdeburger Zeitung“ wandte, die in der Spionagede am meisten kompromittiert war. Der „Vorwärts“ z. B. hat schon viele Wochen vorher die Spionager Angelegenheit ausführlich behandelt, ohne daß Herr Koch sich im geringsten bewegt gefühlt hätte, und eine Nichtigstellung ungehen zu lassen.

Sein plötzlich erwachter Eifer in dieser Sache läßt keine andere Deutung zu, als daß er im Bunde mit den Reaktionsären aller Richtungen die Beseitigung Görings herbeiführen wollte in einem Augenblick, in dem ein Demokrat, dessen demokratisches Empfinden nicht gänzlich verfault war, ihn hätte unterstützen müssen.

### Nach Luzern.

Die französische Regierung übergibt der englischen Botschaft folgende Note: Die französische Regierung dankt der englischen und der italienischen Regierung für die gemachte Mitteilung. Sie freut sich, schließen zu können, daß in den gepflogenen Unterhandlungen nichts enthalten ist, was nicht übereinstimmend mit den Prinzipien, die sie stets befolgt hat. . .

Giolitti hatte in Bern eine Unterredung mit dem Bundespräsidenten Motta, wobei Giolitti auf die Worte des Bundespräsidenten, daß er in Giolitti einen Mann des Friedens und der Versöhnung sehe, und daß darauf die Ehre paßte der Schweizer für ihn zurückzuführen sei, betonte, daß dies allerdings die beiden Hauptpunkte seines Programms seien. Er erklärte sich im übrigen von den Luzerner Besprechungen befriedigt.

Mitterand drückte namens der Botschafterkonferenz dem Sir Tower in Danzig eine lebvolle Erinnerung an den Verfall der 104 über das volle Hafens- und Durchfahrrecht Polens in Danzig.

„Matin“ meldet aus London: Der Bitterbund veröffentlicht eine Erklärung, daß er nichts mit der Verwaltung Danzigs zu tun habe. Sir Reginald Tower handelte nur als Bevollmächtigter der Alliierten.

### Italienischer Protest.

Basel, 25. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Avanti“ bezeichnet die in Luzern gefassten Beschlüsse als ein Dokument der Anarchie, der Unsicherheit und der öffentlichen Ohnmacht. Für Sonntag sind in ganz Italien MassenDemonstrationen für Rußland angesetzt.

### Keine Moskauer Kriecher.

Auf der Konferenz der Confédération générale du Travail (Französischer Gewerkschaftsbund) erklärte Jouhaux u. a.: Die Dritte Internationale ist eine Kriegserklärung gegen unsere ganze Organisation, wie die auf der Dritten Internationale abgegebenen Erklärungen beweisen. Trotz der Symphonie, die wir für die russische Revolution schlagen, können wir uns nicht der Dritten Internationale anschließen.

Mit 94 gegen 18 Stimmen bei 11 Enthaltungen wurde der Anschluß an Moskau abgelehnt.

### Für Irland verhungert!

Der Bürgermeister von Cork, der zur Verteidigung der irischen Ideen gegenwärtig im Gefängnis den Hungerstreik ausführt, ringt mit dem Tode. Der Führer der Arbeiterpartei in Unterirland, Adamson, begab sich zum Minister des Innern, um die Freilassung des Bürgermeisters zu erwirken; der Minister lehnte ab. Die Schwester des Bürgermeisters hat an Lloyd George nach Luzern ein Telegramm gerichtet, in dem sie erklärt, daß, falls ihr Bruder sterben würde, das irische Volk den Premierminister und die Regierung für den Mord verantwortlich machen würde. Der australische Gesandte Mannix und Vertreter der irischen Revolutionsregierung kochten nach einem Besuch bei den Sterbenden mit der Waage der irisch-republikanischen Verächte.

8000 Iren versuchten, in das Gefängnis von Bristol einzudringen, wo der Oberbürgermeister von Cork festgehalten ist. Die Polizei griff die Menge an, ohne jedoch von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Viele Frauen wurden ohnmächtig fortgetragen. In Belfast ist die Polizei mit der Unterdrückung ernstlicher Unruhen beschäftigt. In Belfast (N) haben Plünderungen begonnen.

Das Verbot des Bürgermeisters, der sich jetzt seit dreizehn Tagen im Hungerstreik befindet, ist sehr bedenklich. Da man für den Fall seines Todes Attentate gegen Robinsons mitglieder befürchtet, sind diese auf ihre Häuser unter sorgfältiger Bewachung gestellt. Auch zum Sub von Lloyd George in Luzern waren entsprechende Vorkehrungen getroffen.

Donaud meldet aus London: Der Bürgermeister von Cork erhält Mittwoch morgen im Gefängnis die letzten Sakramente.

Simons' Rückkehr. Der Vizepräsident der Freidenklichen in Würtemberg mit dem Reichspräsidenten über die Lage.

# 30 000 Russen übergetreten.

Königsberg, 25. August. (WZ.) Wie wir hören, beträgt die Zahl der über die Reichsgrenze übergetretenen Russen jetzt zwischen 50 und 60 000. Seit Mittwoch nachmittag 2 Uhr kommen weitere drei Divisionen herüber, so daß nach vorsichtiger Schätzung die Zahl sich auf 70 bis 80 000 Mann erhöhen dürfte.

Königsberg i. Pr., 25. August. (WZ.) Zusammengekauften Russen der 4. bolschewistischen Armee, deren Nachhut in der Nacht zum 24. August den Omnibus überschritten hatten, gelang es nach heftigem Kampf in Richtung Kolno durchzubrechen. Der heftige Widerstand, den diese Abteilungen bei Mähnen leisteten, zwang 400 Polen zum Uebertritt über die Reichsgrenze bei Greibitzhof. Die polnischen Vorhut erreichten vormittags Proskien. Die weßlich von der Bahnlinie Mława—Modlin abgeschnittenen Ueberreste der 4. bolschewistischen Armee werden von den Polen abgefangen. Die verfolgenden polnischen Armeen der Fronten erreichen in Ausbreitung Ueberholung gegen Norden die Linie Kauschin—Stawiski—Kolno. Hirtendurch schließen sie den Ring um die 4. und 15. bolschewistische Armee. Die bolschewistischen Truppen versuchen, sich durch Gegenstoß der Umklammerung zu entziehen. Nach der Einnahme Bialystok durch die Polen fand daselbst noch ein 20 stündiger Straßenkampf mit der Besatzung und mit von Wredow herangezogenen bolschewistischen Verstärkungen statt, der für die Polen siegreich ausfiel. Infolge der Demoralisierung der bolschewistischen Truppen und polnischer Propaganda treten Donkosaken und tschadische Truppenteile zu den Polen über. Im Abschnitt Wredow-Litwisk und im Abschnitt Bialystok von Cholm am Bug und Bialystok von Lemberg hatten die Polen lokale Erfolge.

In dem Abschnitt Johannisburg haben bisher etwa 15 000 Russen die deutsche Grenze überschritten. Ihre Zahl wächst ständig und die vorhandene Besatzung genügt nicht, um ihre ordnungsmäßige Entarmung vorzunehmen zu können. Die Russen geben an der Grenze ihre Gewichte ab und ziehen unbewacht, soweit sie nicht auf deutsche Vorkosten, nach Dirschau hin, indem sie von der Bevölkerung Lebensmittel erbeuteln. Es besteht die Gefahr, daß die Russen, wenn die Bevölkerung nicht mehr in Stande sein wird, sie mit Lebensmitteln zu versorgen, zu plündern anfangen und so zur Landplage werden.

Nach einer weiteren Meldung des „Allgemeinen Volksblatt“ ist in Chorzele, das von den Polen besetzt worden ist, der größte Teil der hauptsächlich aus Juden bestehenden Bevölkerung von den Polen niedergemacht worden. Es ist eine Reihe von Einrichtungen der zurückgebliebenen Bewohner der Stadt angeordnet worden.

Nach einer Warschau-Demember Meldung der „Wost. Ruz.“ hat der gegen Lemberg operierende Reiterführer Bujenny die Befolgung von Trojtsch Befehl, der Front gegen Warschau zu Hilfe zu eilen, solange verzögert, bis es zu spät war. Wenn das stimmt, erinnert die Rolle Bujenny's einigermassen an die des österreichischen Reitergenerals Gruber, der im August 1914 die furchtbare Niederlage bei Lemberg verschuldete und der vorher ähnlich gefeiert worden war wie Bujenny.

### Polnischer Bericht.

Auf der Nordfront versuchte der von allen Seiten umzingelte Feind nach Osten zu entweichen und richtete außerst heftige Angriffe gegen unsere Truppen südlich vom Mława. Die Angriffe wurden abgelehnt. Einem unserer Regimenter erlitt dabei schwere Verluste. In den letzten Kämpfen wurde die 18. und die 22. Sowjetdivision vollständig vernichtet, die 24. Division gefangen. An der Ostfront wurde die 11. Sowjetdivision bei Kaniow südlich von Komsha entscheidend geschlagen. Unter der eroberten Beute befinden sich sieben Kamelen. Noch hartem Kampfe nahmen wir Komsha und machten dort einige tausend Gefangene. Die heldenmütige Verteidigung (!) wirkt mit unserem Heere in glänzender Weise zusammen. Auf der Südfront, in der Gegend von Dobrona und Kamionka, haben unsere Abteilungen den Bug erreicht und führen den Rückzug Bujenny's. Auf der übrigen Südfront zieht sich der Feind abwärts zurück.

Reuter erzählt von zständiger Seite: Die Polen melden, daß sie 63 000 Gefangene gemacht, 200 Geschütze und 1000 Maschinengewehre erbeutet haben.

Ein Moskauer Funkpruch meldet, daß die roten Truppen in Galizien den Fluß Zlota Lipa erreicht haben und in heftigen Kämpfen stehen, um den Uebergang zu erzwingen. Das Communiqué fügt hinzu, daß in der Prim und im Bezirk von

### Zwischenfall im Tisza-Prozess.

Budapest, 25. August. (Z.N.) Der an überraschenden Zwischenfällen reiche Tisza-Prozess brachte gestern abermals eine unerwartete Wendung. Der Hauptangeklagte, Marineunteroffizier Döbe, der bisher geständig war und auch von der Komlette Amosch, die bei der Ermordung Tiszas zugegen war, als einer der Haupttäter erkannt wurde, zog plötzlich seine Aussage zurück und verlangte die Vorladung neuer Zeugen, die den Alibibeweis erbringen sollten. Der Gerichtshof willfahrte dem Antrage und lud die neuen Zeugen auf den 4. September vor.

### Ungarn leugnet.

Wien, 25. August. Den Mätlern zufolge ist die Antimantnote der ungarischen Regierung auf die Vorstellungen der österreichischen Regierung wegen des Zwischenfalls bei Pressenkirchen gestern dem Staatssekretär Renner überreicht worden. Die Note besagt, es handle sich um einen Uebergriff der Bewohner des ungarischen Grenzorts Lajtaort, welches, die eine ihrer Ansätze nach in Pressenkirchen widerrechtlich zurückgehaltene Ausfuhrsendung selbst mit Gewalt aus Pressenkirchen hätten abholen wollen. Einige in Lajtaort verweilende eingewanderte ungarische Soldaten hätten an dem Uebergriff teilgenommen. Die ungarische Regierung nehme keinen Anstand, der österreichischen Regierung das ausreichende Beweismittel über den Vorfall auszusprechen.

Freitag kamen ungarische Truppen aus dem Hainstrahener Gebiet über die tschechische Grenze und verließen dort „Ausbildungs“ vorzunehmen. In Belgrad herrschte starke Erregung darüber, das besetzte Gebiet ist noch nicht geräumt. Militärische Gegenmaßnahmen wurden von den Jugoslawen sofort eingeleitet. Man glaubt, daß der Handreich erfolgte, um die Anhänger Karolis, die in Hainstrah eine links Gegenregierung nach dem Muster der seinerzeitigen rechten Szegediner Regierung errichten wollten, an der Ausführung des Planes zu verhindern.

Zusammentritt der neuen Wehrkammer. Wie die Z.N. meldet, wird die vereinigten Wehr- und Marinekammer am 1. September zusammentreten, um über das Wehrmachtverföhrungs-gesetz eingehend zu beraten.

Cherson auf dem linken Ufer des Dnepr für die Bolschewisten günstige Kämpfe im Gange sind.

### Ein Flüchtlingabkommen.

Nach der „Allgemeinen Zeitung“ wurde zwischen Geheimrat von Zerin-Altenheim und dem militärischen Befehlshaber von Soldau vorbehaltlich der Genehmigung durch das polnische Generalkommando in Grauburg folgendes Abkommen über die Rückkehr der deutschen Flüchtlinge getroffen: 1. Die deutschen Flüchtlinge können mit ihrem gesamten Hab und Gut an ihren Wohnort zurückkehren. 2. Jeder, der nicht eines Verbrechens überführt werden kann, wird an Leib und Leben gesichert. 3. Die Flüchtlinge können ihr gesamtes Verweilungsvermögen über die Grenze bringen, ohne befürchten zu müssen, daß ihnen etwas fortgenommen wird. 4. Transportmittel, soweit sie polnisches Eigentum sind und zum Herüberbringen von deutschem Eigentum die Grenze überschreiten, sind von den deutschen Behörden in Polen zurückzulassen. Das Entsprechende gilt von deutschen Transportmitteln, die deutsches Flüchtlingsgut nach Polen bringen.

### Die Wrangel-Gefahr.

In einem Situationsbericht der bolschewistischen Zeitung „Iswestija“ heißt es:

Die Wrangel-Front zeigt Bestrebungen zu einer Ausdehnung, die für eine Gegenrevolution günstig, für uns jedoch ungünstig und sehr unangenehm sind. In dem Abschnitt, den Wrangel für seine neuen Operationen gewählt hat, befindet sich eine große Anzahl reaktionärer und der Räteregierung feindlich gesinnter Elemente, die vielleicht bloß auf den geeigneten Augenblick warten, um aktiv hervorzutreten. Dies kann eine Situation schaffen, die der Republik bedeutende Sorgen bereiten könnte.

Auch die Bezeichnung der Kommunistendiktatur als Republik ist nicht ohne Interesse!

Franzosen hat seinen früheren Vertreter bei Kottshof, de Martel, zum Vertreter bei Wrangel ernannt.

### Die Friedenskonferenz in Warschau!

London, 25. August. (Holländisch Neuworbureau.) „Morningpost“ meldet, daß Polen den Vorschlag machte, die Friedenskonferenz nach Warschau zu verlegen, und zwar mit Rücksicht auf die mangelhafte Verbindung zwischen Minsk und Warschau. Der polnische Vorschlag soll nach Ansicht des Korrespondenten überall beendigt sein, mit Ausnahme des Südens, wo die Reiterei Sujenny noch über den Fluß nach Czajkowitz getrieben wird.

### Polens Antwort.

Sankt, 25. August. (WZ.) Der „Nieuwe Courant“ meldet: Einem vom 21. August aus Minsk datierten Bericht zufolge überreichte die polnische Antwort auf die russischen Bedingungen eine glatte Weigerung. Von 15 russischen Punkten wird nur einer, der sich auf die Demobilisierung bezieht, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit aufgeschrieben. Die Forderung der Entwaffnung und der Herausgabe des Kriegsmaterials wird mit Entschiedenheit abgewiesen. Die Punkte, die sich auf die Bildung einer Arbeitermiliz und auf die Vertreibung Russlands über die Bahnlinie Bialystok—Grajewo beziehen und die Verteilung von Land an die Interalliierten der gefallenen polnischen Krieger werden als unzulässige Einmischung in Polens innere Verhältnisse erklärt. Die in der Rote Lory Kurzung angegebene Grenze wird als unannehmbar bezeichnet. Die Demarkationslinie sollte nach polnischer Auffassung der strategischen Lage entsprechen.

### Tschischterius' Replik.

Sankt, 25. August. (Holländisch Neuworbureau.) Tschischterius telegraphierte an Kammen nach London drabhab folgende Informationen: Der gegenwärtige Zug der polnischen Antwort auf die russischen Vorschläge ist lediglich eine Kritik und nicht, was irgendwelchen positiven Vorschlägen gleichkäme. Die Polen kritisieren lediglich und verlangen die Zurückziehung unserer Bedingungen, geben aber selbst keine reelle Grundfrage für einen Frieden an, kein Programm und nicht, was geschäftsmäßig und sachlich aussehen würde. Sie lehnen energisch die Grenzeng ab, welche der Oberste Rat bestimmt hat, und gehen über ihre eigenen Grenzforderungen nur wenig greifbare Übernehmlichkeiten. Sie erklären, daß den polnischen Elementen das Selbstbestimmungsrecht in Weißrußland, Litauen, Galizien und der Ukraine zugesichert werden müsse, d. h. in allen Gebieten, welche die Polen selbst ihrer militärischen Besetzung ausgesetzt und fürchtbar unterdrückt haben. Sie schlagen also selbst keine klar umschriebene Grenze vor, sondern können schließlich die Curzonlinie ab. Sie vermeiden alles, was das Substantielle irgendwo treffen könnte, und Kritik ist das einzige, was sie geben.

### Bewaffnung der Technischen Nothilfe!

#### Ein bedeutendes Rundschreiben.

Dem Stettiner „Volkswort“ ist ein geheimes Rundschreiben der Technischen Nothilfe an alle Nothelfer zugegangen, worin diese aufgefordert werden, sich die Berechtigung zum Waffentragen erneut zu beschaffen. Das Schreiben lautet:

Technische Nothilfe  
beim  
Reichsministerium des Innern  
Vandebogirt Kommen.  
Vertraulich. Gilt!

An alle Nothelfer!  
Infolge des neuen Entwaffnungsgesetzes sieht sich der Landesbezirk veranlaßt, sämtliche Mitgliederkarten abzuändern, da der hierauf veranlaßte Waffensposus seine Gültigkeit mehr hat. Allen Mitgliedern, welche noch Waffen tragen wollen, ist der Landesbezirk durch den Reichsminister des Innern ermächtigt, Waffenscheine bei der zuständigen politischen Behörde zu beantragen.

Wir bitten Sie daher, Ihre Mitgliedsarten zwecks Umänderung resp. Neuausstellung umgehend an uns zurückzusenden und dabei zu bemerken, ob Tragen einer Waffe erwünscht ist, damit die zur Erlangung eines Waffenscheines nötigen Schritte unternommen werden können.

Als nähere Angaben haben wir hierfür noch nötig: Ihr Geburtsdatum, Wohnung, Beruf (spezialisiert) und ein Lichtbild (Kopfbild).

Da die Angelegenheit sehr dringend ist, bitten wir Sie um schnellste Erledigung und zeichnen

(Stempel.)  
Technische Nothilfe beim Reichsministerium des Innern.  
Kriegsgruppe Stettin.

Wir müssen unser Bestreben darüber ausdrücken, daß eine große staatliche Organisation in der Entwaffnungsfrage ein so schlechtes Beispiel gibt. Daß man sich hier durchaus bewußt ist, das Entwaffnungsgesetz zu umgehen, beweist die Scheinlichkeit, mit der man die Sache betreibt. Der Reichsentschaffungskommissar Dr. Peters hat erklärt, er werde alles entworfen, ob Orgeß oder Regellab. Hier kann er einen Anfang machen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Internationaler Metallarbeiterkongress.

Kopenhagen, 22. August. (Eigener Bericht.)

Die Sonntagssitzung leitete Reichel (Deutschland). Nach der Entlassungsbekämpfung an den internationalen Sekretär wird zur Behandlung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung: Die nationalen Beziehungen, geschritten. Hierzu haben die Delegierten, unterstützt von den Franzosen, beantragt, das internationale Sekretariat in ein neutrales Land zu verlegen und einen selbstbestimmten Sekretär mit einem vom Kongress selbst gewählten Vollzugsausschuss anzustellen. Der Antrag wird mit dem Hinweis begründet, daß dem heutigen in Stuttgart befindlichen Sekretariat die nötige moralische Autorität fehle, die „Eiserne Internationale“ zu befehlen.

Schilde wünscht eine Verbesserung der internationalen Organisation, wozu aber davor, das Sekretariat zu einem politischen Aktionsausschuss zu machen. Es habe eine Stelle zur Förderung der wirtschaftlichen Ziele in Anlehnung an das internationale Arbeitsamt zu sein, dürfe sich aber nicht in die inneren Verhältnisse der einzelnen Länder einmischen.

Kummer (Deutschland) sagt, diese erste Gelegenheit nach dem Kriege müsse unbedingt benutzt werden, die „Eiserne Internationale“ so zu gestalten, daß sich die entfehlende Erziehung von 1914 nicht wiederhole. Wenn wir auch diese Stunde wieder verpassen sollten, dann verdienen wir auch weiterhin das Werkzeuge sozialistischer Willens zu sein. Der Kongress darf nicht geschloffen werden, ohne eine wirksame internationale Organisation vorbereitet zu haben. Denn die weltpolitische Lage ist so, daß sich die Metallarbeiter jeden Tag vor die Entscheidung von Lebensfragen gestellt sehen können.

Zur Beilegung des internationalen Gedankens beantragen die Engländer, das Sekretariat solle von Zeit zu Zeit Artikel an die Fachpresse verschicken.

Die Delegierten beantragen, einen selbstbestimmten Sekretär anzustellen.

Der Sekretär Schilde beantragt sofortige Vertagung des Kongresses, um den nationalen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der veränderten Lage Stellung zu nehmen. Es müsse erst eine grundsätzliche Einigung über die Vertagung des Sekretariats erzielt werden, ohne welche eine weitere Erörterung der Sache nicht zweckdienlich sei.

Nach einer etwas bewegten Geschäftsordnungsdebatte wird die Vertagung gegen eine starke Minderheit beschlossen.

## Arbeiter, Angestelltenräte und Betriebsobleute!

Am Freitag, 27. August cr., abends 7 Uhr, findet im Deutschen Hof, Ludauer Str. 15, großer Saal, eine Versammlung aller auf dem Boden der Richtlinien der A. D. G. V. und der Afa stehenden Betriebsräte statt.

Tagesordnung: Wirtschaftskrise und ihre Ursachen. Ref.: Bergasseffor Dr. Alfons Horten.

Dieser Vortrag ist eine Fortsetzung des Referates, welches der gleiche Referent in der Versammlung am Donnerstag, 19. August, in den Germania-Sälen gehalten hat. Es liegt deshalb im Interesse aller Teilnehmer der damaligen Versammlung, auch diesmal wieder zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der geschäftsführende Ausschuss. J. A.: Hermann, Bernard.

## Achtung, S. P. D. Metallarbeiter!

Freitag, den 27. August, nachmittags 5 Uhr, findet bei Alem, Holtenauer 13/14, eine Versammlung der S. P. D. Metallarbeiter statt.

### Tagesordnung:

Bericht vom Internationalen Kongress der Metallarbeiter in Kopenhagen. Referent Kollege Kummer. Die Sabotage der Beschlüsse des Hauptverbandes und Weirates in der Betriebsratsfrage durch die Berliner Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch der Gewerkschaft und Partei legitimiert. Betriebsräte-Sekretariat, In den Besten 23.

## Proteststreik in der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Durch den einseitigen Proteststreik, der am heutigen Donnerstag veranstaltet wird, soll die Wiedereinstellung von vier gemahregelten Vorstandsmitgliedern der Beamtengewerkschaft erzwungen werden. Es handelt sich nicht, wie in der gestrigen Abendnummer mitgeteilt wurde, um die Wahrgelung von vier Betriebsratsmitgliedern. Eine Verständigung über die Wiedereinstellung der Gemahregelten, die von zwei ehrenamtlichen Mitgliedern des Direktoriums befürwortet wurde, scheiterte an der Ablehnung durch die beamteten Direktoren, die sich darauf beriefen, daß die Gemahregelten keine schriftliche Weisung gegen ihre Entlassung eingereicht hätten.

## Krise im Rohrlegergewerbe.

Nachdem die Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes im Rohrlegergewerbe, der Zentralheizungsindustrie und der Innung der Gas- und Wasserfachmänner in Berlin mit den Arbeitern schon eine geraume Zeit nicht vorwärts gehen, muß konstatiert werden, daß nun auch die Angestellten die Leidtragenden des rückwärtigen Verhaltens der Arbeitgeber werden sollen. Der alte

Tarifvertrag mit diesen Angestellten ist am 30. Juni abgelaufen. Da sich die Verhandlungen um den Reichstarif immer wieder hinausögerten, versuchten die Angestellten vergeblich, im Wege des gütlichen Ausgleiches ein Zugeständnis der Arbeitgeber zu erreichen. Die beantragte Erhöhung um 130 Proz. auf die im alten, an sich schon unzulänglichen Tarif gewährten Gehälter ist rundweg abgelehnt worden. Ein Zugeständnis von ca. 70 Proz., welches für Monat Juli gewährt werden sollte, mußten von Seiten der Angestellten angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse und der bisher gezahlten Hungerlöhne als vollständig ungenügend bezeichnet werden.

Eine vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin am 23. d. M. angelegte Verhandlung verlief aus formellen Gründen der Vertagung. Aber das Schönste ist, daß die Arbeitgeber durch ihren Herrn Direktor Dietrich am Schluß der Verhandlungen auf das Drängen der Arbeitnehmer auf schnelle Abaräumung eines neuen Termins erklären ließen, daß diese Eile gar keinen Zweck hätte, denn wenn auch der Schlichtungsausschuss ein günstiges Urteil fällen würde, so würden sie es doch nicht anerkennen.

Das ist eine klare Kampfanlage der Unternehmer, aus welcher die Angestellten hoffentlich ihre Schlüsse ziehen werden. Wenn das Publikum, welches im glücklichen Besitz einer zentralen Beheizung seiner Wohnungen ist, in diesem Winter durch eine eventuelle Rahmung der Betriebe noch länger wie gewöhnlich auf eine warme Wohnung warten muß, so weh es jetzt, bei wem es sich zu bedanken hat. Dieser Grund kann natürlich allein nicht stichhaltig sein, um die Angestellten zu veranlassen, mit aller Energie gegen diese Auffassung des „Arbeitsfriedens“ vorzugehen. Am Mittwoch nächster Woche findet eine allgemeine Versammlung sämtlicher Angestellten der Industrie statt, um hierzu Stellung zu nehmen. Inzwischen wird es Aufgabe der Organisationen sein, eine enge Fühlungnahme mit der Arbeiterkassette herzustellen, um ein gemeinschaftliches Vorgehen zu ermöglichen.

## Aus der Praxis des Demobilisierungskommissars.

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Bei der Schaffung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte ist man von dem Gedanken ausgegangen, eine schnelle Rechtsprechung insbesondere dadurch zu garantieren, daß man Juristen von der Vertretungsbefugnis ausgeschlossen hat, um dem Laienelement den ausschlaggebenden Einfluß zu gewährleisten und vor allem den Klagenden möglichst schnell zu ihrem Recht zu verhelfen. In Konsequenz dieses Standpunktes sind Rechtsanwältinnen auch als Vertreter vor den Schlichtungsausschüssen zurückgewiesen worden. Allerdings hat nun der Demobilisierungskommissar entschieden, Rechtsanwältinnen als „Generalvollmächttige“ zum Schlichtungsausschuss als Vertreter zuzulassen. Gegen diese Entscheidung müssen wir allerhöchsten Einspruch erheben, weil es damit jeder Firma möglich ist, durch Erteilung von Generalvollmacht, einen Rechtsanwalt mit der Führung ihrer Klagen vor dem Schlichtungsausschuss zu beauftragen. Diese Entscheidung muß schnellstens aufgehoben werden.

Eine andere Entscheidung des Demobilisierungskommissars betrifft die Verordnung vom 12. Februar 1920. Danach soll laut § 12 eine Entlassung erst stattfinden, wenn dem Unternehmer eine Streichung der Arbeitszeit durch Herabsetzung derselben unter 24 Stunden pro Woche nicht zugemutet werden kann. Bei der Auswahl der Betroffenen, die zu entlassen sind, soll Lebens-, Dienst-, Familienstand usw. berücksichtigt werden. Der Demobilisierungskommissar hat nunmehr entschieden, daß die Verordnung vom 12. Februar 1920 so auszulegen sei, daß man dem Unternehmer die Fortbeschäftigung der Angestellten, die er zu entlassen beabsichtigt, nur dann zumuten könne, wenn der Angestellte in ähnlicher vorkommenden Arbeiten vorzuziehen kann. Das ist eine Auslegung, die dem Unternehmer ermöglicht, jeden Angestellten zu entlassen, weil er immer in der Lage sein wird, zu behaupten, daß bestimmte Arbeiten von dem betreffenden Angestellten nicht geleistet werden können und infolgedessen die Weiterbeschäftigung nicht in Frage kommt. Wir sehen auch hier das Verstreben, bestehende gesetzliche Vorschriften einseitig zugunsten der Arbeitnehmer zu verändern und erheben auch gegen diese Auslegungsmethode den schärfsten Einspruch.

## Konflikt im Zelluloid-Großhandel.

Seit Mai dieses Jahres warten die Angestellten vergebens auf eine tarifliche Regelung ihrer Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse. Seit Ablauf des alten Tarifes verstehen es die Arbeitgeber, den Angestellten die so bitter notwendigen Zulagen vorenthalten. Die Arbeitgeber bezahlen noch immer nach dem im November 1919 gefällten Schiedsspruch im Textil-Großhandel, welcher durch die Verhältnisse und eine dort schon ab 1. Januar 1920 gewährte Teuerungszulage längst überholt ist.

Die Arbeitgeber des Zelluloid-Großhandels haben letztere nicht bewilligt, ebenso wie sie sich weigerten, in neue Tarifverhandlungen einzutreten. Vor dem Schlichtungsausschuss fanden drei Sitzungen statt, bei welchen die Arbeitgeber jedesmal durch Abwesenheit absagten. Den dann erfolgten sehr niedrigen Schiedsspruch lehnten sie ab. Die Angestellten sind somit genötigt, falls die Arbeitgeber sich nicht in letzter Stunde eines Besseren besinnen, zur Selbsthilfe zu schreiten.

## Drohender Hafenarbeiterstreik.

Hamburg, 25. August. Der Hafenbetriebsverein hat die Forderung der organisierten Hafenarbeiter auf Erhöhung des Tageslohnes von 48 auf 60 M. abgelehnt. Die Arbeiter beschloffen, an ihrer Forderung festzuhalten und gegebenenfalls am 1. September in den Ausstand zu treten. Die Hafenarbeiter von Bremen, Bremerhaven, Nordenham und anderen Häfen haben sich dem Vorgehen der Hamburger angeschlossen.

## Zum Kampf um die Weisiger im Zentralvorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Der Kampf um die vier Handwerker-Weisiger zum Zentralvorstand, die durch Beschluß der Nürnberger Generalversammlung vom Bau Berlin durch Urwahl zu wählen sind, zettigt Formen, die früher im gewerkschaftlichen Kampf nicht üblich waren. Es wird unter den arbeitstüchtigen Kollegen das Gerücht verbreitet, der Kollege Georg Bötsch, einer unserer Kandidaten, habe eine Doppelbeschäftigung und sei Weisiger eines großen Milchgeschäftes in Schöneberg. Ganz abgesehen davon, daß Kollege Bötsch in Steglitz wohnt, ist das Gerücht von Anfang an erlogen. Weder Kollege Bötsch noch irgendeiner seiner Angehörigen ist Inhaber oder Leiter eines derartigen oder irgend eines anderen Geschäftes. Wir ersuchen, der Kollegenschaft diese Notiz zugänglich zu machen und gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß nur die Kollegen Otto Bränner, Wilhelm Niesebeck, Georg Bötsch und Richard Warth auf dem Boden der Nürnberger Beschlüsse stehen und für eine den Zeitumständen entsprechende Gewerkschaftsarbeit eintreten. Wir empfehlen daher den Kollegen, nur den vorgenannten Kandidaten ihre Stimme zu geben. J. A.: Adolf Blumenthal.

**Buchbinderverband.** Die diesjährige Generalversammlung findet am 21. September statt. Anträge der Mitglieder zu derselben sind bis zum 8. September bei der Vermittlung, Ungelerstr. 15, einzureichen. Nähere Bekanntmachungen über Ort und Tageszeit erfolgen später. **Luzernpapierbranche (Chromophoto).** Freitag, den 27. August, abends 7 Uhr, bei Wegedel, Seydelstr. 20, Vertrauensleute- und Betriebsräteversammlung. **Die Ortsverwaltung.**

**Achtung, Buchdrucker!** Materialabgabe täglich von 4-6 Uhr nachmittags Jüngerstr. 34 im Restaurant.

**Deutscher Transportarbeiterverband.** (Textilbranche). Donnerstag 6 Uhr Branchenvorstellung, Jugendhilfe, Rosenhaier Straße 35.

**Zentralverband der Angestellten.** Jahrgruppe 13 b, c, d und e (Chemische Industrie und Großhandel). Vertrauensleuteversammlung 26. 8., abends 7 Uhr, im Verbandslokal. — Jahrgruppe 14/15. Funktionärversammlung Donnerstag, den 26. 8., abends 7 Uhr, im Rosenhaier Hof (gr. Saal), Rosenhaier Str. 11/12. — Jahrgruppe 10 (Befehlungs- und Textilindustrie und Handel). Mitgliederversammlung, abends 7 Uhr, Walfertstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Jahrgruppe 14 a (Chirurgiemechanik und verwandte Berufe). Delegiertenversammlung, abends 7 Uhr, Verbandslokal (Blauer Saal). Kartellversammlung der im S. K. M. T. S. G. V. vertretenen Arbeitnehmerorganisationen Gruppe II, Kaufmannschaft und technische Knechtelle und Geschäftsführer der Hotelbranche, abends 8 Uhr, Walfertstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Jahrgruppe 2a (Verwaltungsbangestellte). Funktionärversammlung, abends 8 Uhr, Gesellschaftshaus am Hagedorn Markt, Rosenhaier Str. 36.

## Briefkasten der Redaktion.

Neber für den Briefkasten bestimmten Anträge möge man einen Nachnamen und eine Nummer der Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Gütige Anfragen tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 5, 1. Hof portiere links, vor. Schriftsätze und Verträge sind mitzubringen.

**Jahr 1911.** Eine amtliche Stelle hierfür besteht nicht; Sie sind auf den Weg des öffentlichen Aufrufs in der Presse anzuerkennen. — **G. P. L. 5. 36** und andere. Die Deutsche Postkassette in Danzig (Schweiz) nimmt milderbemittelte Lungentranke gegen Zahlung von 10 Franc pro Tag auf. Zunächst möchte also ein Versicherungsträger (Krankentasse oder Verband, Versicherungsanstalt) eine Unterbringung darselbst übernehmen; ob dies bei dem heutigen Valutastande möglich, können wir nicht entscheiden. — **Karl Preussner.** Fragen Sie bei der Gesellschaft für unsere Kolonialaktion oder bei der Reichsarbeitsgemeinschaft für Siedlungswesen, W. 8, Jägerstr. 17, an. — **W. 24.** Geburtsurkunde und Taufschein. Amtsgericht Berlin-Weißing, Brunnensplatz.

**W. 62.** 1. Eine offizielle Vertretung besteht noch nicht; die jetzige besteht lediglich mit dem Gejangenenaustrausch. Unter den Linden 11, Wlghor Kopp. 2. Buchhandlung A. Seehof u. Co., Kunststraße 61 (kommunistisch). Im übrigen besteht eine Kommission zur Vorbereitung von Handelsabmachungen, der u. a. Hüttenberg und Mathesau angehören. 3. Die niedrige Beitragssumme. — **W. 24.** Fragen Sie beim Stadtschulrat Dr. Müller (Rathaus, Zimmer 69) oder beim Stadtschulrat Dr. Reimann (Rathaus, Zimmer 103a) an; und ist näheres darüber nicht bekannt. Durch Leihbonaruss Kapazität Berlin erreichen Sie beide Herren und erhalten die gewünschte Auskunft.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Zepher-Herrmann; für Anzeigen: Dr. Gust. Berlin. Verlag: Buchdruckerei G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2. **Gez. J. Bellag.**

## Das neue PROGRAMM der S. P. D. aufzubauen, ist die dringlichste Pflicht aller Parteigenossen.

Darum muß sich jeder mit den auf Anordnung des Parteivorstandes herausgegebenen 28 Gutachten zur **Revision des Erfurter Programms** eingehend befassen !! Preis 3,75 Mark

Zu beziehen durch:  
Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstraße 2

# HERMANN Preiswerte Lebensmittel

Tomaten Pfd. <b>60,85</b> Pl.	Margarine..... Pfd. <b>10<sup>50</sup></b>	Junge Hühner Pfd. von <b>14<sup>00</sup></b> an	Bücklinge..... Pfd. <b>6<sup>80</sup></b>
Möhren ..... Pfd. <b>25</b> Pl.	Vierfrucht marmelade <b>3<sup>90</sup></b> ca. 50% Zucker ..... Pfd.	Junge Gänse Pfd. <b>15<sup>00</sup></b>	Schellfisch geräuchert, Pfd. <b>2<sup>80</sup></b>
Wirsing Kohl ..... Pfd. <b>20</b> Pl.	Tilsiter Käse.. Pfd. <b>7<sup>40</sup></b>	Junge Enten Pfd. <b>15<sup>00</sup></b>	Schellfisch frischer, Pfd. von <b>2<sup>20</sup></b> an
Rotkohl ..... Pfd. <b>30</b> Pl.	Landkockkäse Stück <b>5<sup>50</sup></b>	Haferflocken Pfd. <b>2<sup>10</sup></b>	Goldtarsch frischer Pfd. <b>2<sup>30</sup></b>
Pfirsiche..... Pfd. <b>2<sup>30</sup></b>	Dauer-Zwiebeln Pfd. <b>50</b> Pl.	Maismehl Backmehl Pfd. <b>4<sup>95</sup></b>	Kabeljau frischer in ganzen Fischen, ohne Kopf... Pfd. <b>3<sup>40</sup></b>

Kochäpfel ... Pfd. **65** Pl.

Ess- u. Kochbirnen Pfd. **70** Pl.

Blaue Pflaumen Pfd. **75** Pl.